

Weitere Schriften von Jan Rehmann bei Argument

Jan Rehmann

Postmoderner Links-Nietzscheanismus

Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion

Argument Sonderband AS 298, 2004

Max Weber: Modernisierung als passive Revolution

Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus

Argument Sonderband AS 235, 1998

Die Kirchen im NS-Staat

Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte

Argument Sonderband AS 160, 1986

Gemeinsam mit anderen

Muss ein Christ Sozialist sein?

Nachdenken über Helmut Gollwitzer

Hg. mit Brigitte Kahl. Argument Sonderband AS 232, 1994

Faschismus und Ideologie

Argument Sonderband AS 60 und Argument Sonderband AS 62, 1980

Neuausgabe in einem Band als Argument Classic 2007

Theorien über Ideologie

Argument Sonderband AS 40, 1979, ³1986

Einführung
in die Ideologietheorie

Argument

Seite führt die Verletzung kirchlicher Autonomie dazu, dass die traditionelle Einheit von Staatsbindung und Bekenntnisbindung vorübergehend auseinanderbricht, was von den Pastoren und Gläubigen als »Gewissensnot« artikuliert wird (111). Die »dialektische Theologie« Karl Barths, die im Namen des reformatorischen Schriftprinzips jede Verknüpfung mit anderen ideologischen Werten verweigert, mobilisiert den Widerspruch zwischen dem Wertheimel und dem kirchlichen Apparat des Ideologischen und zeigt exemplarisch, dass Widerstand sich wirksam in der Form ideologischer Subjektion, nämlich der gehorsamen Unterstellung unter die *Heilige Schrift*, artikulieren kann: »Gerade das autoritäre Festhalten an der ausschließlichen und bedingungslosen Unterstellung unter ›Gottes Wort‹ setzt Kräfte frei, die der Faschismus nicht mehr in seine Kirchenpolitik integrieren konnte: die spezifische Handlungsfähigkeit des unbeeinträchtigten Sagens gegenüber den Herrschaftsansprüchen anderer Mächte« (118).

9.7 Weitere Materialstudien

Die vom PIT durchgeführten Studien zu den ideologischen Mächten im deutschen Faschismus wurden von einem Nachfolgeprojekt am Philosophischen Seminar der FU-Berlin weitergeführt, aus dem mehrere Untersuchungen zur Philosophie im deutschen Faschismus hervorgingen: Studien zu deutschen Philosophen im Jahre 1933 (Haug 1989), »Philosophieverhältnisse« im NS (Laugstien 1990), zum NS-Engagement der Universitätsphilosophen (Leaman 1993), zur Nietzsche-Rezeption im NS-Staat (Zapata Galindo 1995), zu Gadammers politischer Hermeneutik (Orozco 1995; neu aufgelegt 2004).

Ein anderer Forschungsschwerpunkt des *Projekts Ideologietheorie* bezog sich auf die Entstehung bürgerlicher Hegemonieapparate im 17. und 18. Jahrhundert (PIT 1987). Den für die »deutsche« Konstellation des Ideologischen konstitutiven Gegensatz zu Frankreich hat Peter Jehle am Beispiel der akademischen Romanistik untersucht (Jehle 1996). Eine »Kontextstudie« zu Max Weber unternahm es, seine politischen und soziologischen Schriften im Zusammenhang mit den bürgerlich-kulturprotestantischen Diskursformationen des Wilhelminischen Kaiserreichs zu rekonstruieren und als hegemoniale Arbeit an einer neuen Klassenkonstellation des Faschismus zu analysieren (v.a. in Bezug auf das neu zu schaffende Klassenbündnis zwischen Bourgeoisie und »Arbeiteraristokratie«). Sein Modernisierungsansatz ließ sich vor allem mithilfe von Gramscis Begriffs der »passiven Revolution« entschlüsseln (Rehmann 1998).

10. Friedrich A. Hayek – symptomale Lektüre eines neoliberalen Grundlagentexts

»Wenn das Geld, nach Augier, »mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend«, schrieb Marx im Kapitel zur sog. ursprünglichen Akkumulation (K I, 23/788). Es ist nicht übertrieben, die Aussage auch auf den Neoliberalismus anzuwenden, dessen Wirtschaftsdoktrin erstmals im brutalen Gewaltrahmen der chilenischen Militärdiktatur unter Pinochet angewandt wurde. Kurz nach dem Putsch 1973 überreichten die neoliberalen »Chicago-Boys« um Milton Friedman und Arnold Harberger den Generälen ihre wirtschaftspolitischen Vorschläge, die dann ab 1975 in einer Schocktherapie umgesetzt wurden. Ab ca. 1978 gewann dann eine andere neoliberale Richtung, die »Virginia-School« oder »Public-Choice-Schule« unter James M. Buchanan und Gordon Tullock an Einfluss, der es v.a. um eine »Durchmarkung« des Staates ging (vgl. Wäpken/Plehwe 2001, 45f, 49ff, 56f). Friedrich A. Hayek hatte seit 1975 regelmäßigen Kontakt mit chilenischen Regierungskreisen, wurde 1977 von Pinochet persönlich empfangen und übte maßgeblichen Einfluss auf die neue Verfassung der chilenischen Diktatur von 1980 aus, deren Titel *Constitution of Liberty* angeblich sogar nach Hayeks gleichnamigen Buch von 1960 gewählt wurde (60f).

10.1 Erste Sondierungen

Angestoßen durch eine umfassende Wirtschaftskrise, die man später als Krise des Fordismus verstehen wird, und gestützt auf die Liberalisierung und Globalisierung der Märkte sowie auf eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte mit dem Computer als Leittechnologie, manifestiert sich in den 70er Jahren erstmals der Übergang zu einer weltweiten Hegemonie des Neoliberalismus. Sichtbar wird der Umschwung u.a. dadurch, dass der Wirtschaftsnobelpreis 1974 an Hayek und 1976 an Milton Friedman vergeben wird. Mit dem Wahlsieg Margaret Thatchers in Großbritannien 1979 erobert der Neoliberalismus zum ersten mal in der Ersten Welt die »Kommandohöhen« des Staates – der leninsche Term wurde zum Titel des erfolgreichen neoliberalen Propagandafilms und -buchs *The Commanding Heights* (Yergin/Stanslaw 1998) –, und dann 1980 mit dem Wahlsieg Ronald Reagans in den USA. Von dieser Zeit an bestimmt die neue ideologische Formation seit mehr als einem Vierteljahrhundert maßgeblich das Weltgeschehen, seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers 1989 ohne nennenswerte Konkurrenz.

Auch wenn die theoretische Einordnung und Gewichtung des Neoliberalismus Gegenstand zahlreicher Kontroversen ist, besteht über die grund-

legende phänographische Beschreibung weitgehende Einigkeit. Stichworte zu seiner Kennzeichnung sind u. a. der Abbau des fordistischen Wohlfahrtsstaats, die Deregulierung des Finanzsektors (Zusammenbruch des Bretton Woods Systems 1971), Privatisierung der öffentlichen Sektors und Zurückdrängung der Gewerkschaften. In der ehem. Dritten Welt ging es v. a. um die Zerschlagung des »Entwicklungsstaats«, der mithilfe von neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen und Handelsvereinbarungen zum Abbau der Zollgrenzen und zur Privatisierung seines öffentlichen Sektors gezwungen wurde. Nach der UN-Studie *The Challenge of Slums* kann der weltweite Anstieg von Armut und Ungleichheit zwischen 1980 und 1990 in erster Linie auf den staatlichen Rückzug aus der Ökonomie zurückgeführt werden (z. n. Davis 2006, 154).

Vom Ergebnis her betrachtet kann der Neoliberalismus als politisches Projekt verstanden werden, die durch die Krise des Fordismus beeinträchtigten Bedingungen der Kapitalakkumulation wiederherzustellen und die bürgerliche Klassenherrschaft zu restaurieren (Harvey 2005, 16, 19). Mehrere Theoretiker machen seine Spezifik an der seit den 1970er Jahren »ausgeschlagenen Rolle der Geld- und Kapitalmärkte« fest (Aglietta 2001, 94). Bourdieu hat in diesem Zusammenhang von einer »fleischgewordenen Höllenmaschine« gesprochen, die ihre Gesetze über eine Ideologie des Sachzwangs den Staaten aufzwingt (1998b, 111, 114f; 2002, 391). Dagegen erklärt W.F. Haug die hegemoniale Ausstrahlung und Beständigkeit des Neoliberalismus mit seiner organischen Verbindung zur neuen Produktionsweise eines »transnationalen High-Tech-Kapitalismus« (2003, 41). Ausgehend von Poulantzas Begriff der »inneren Bourgeoisie« (2001, 55) kommen einige Autoren zu dem Befund einer »transnationalen« Hegemonie des Neoliberalismus, die sich auf eine globalisierte Managerklasse und eine weitgehend internationalisierte Zivilgesellschaft stützt (ausgewertet in Candéas 2004, 252ff).

Neoliberalismus ist ursprünglich eine Selbstbezeichnung, die auf einer internationalen Konferenz liberaler Ökonomen 1938 in Paris geprägt wurde. Anlass war die Übersetzung des Buches *The Good Society* (1937) des Philosophen und New-Deal-Kritikers Walter Lippmann ins Französische (*Cité libre*).¹⁰⁴ In Vorgesprächen (u. a. mit v. Mises und Röpke) wurde besprochen, wie man »einen internationalen Kreuzweg zugunsten eines konstruktiven Liberalismus« führen könnte, der sich vom gescheiterten »Manchester-Liberalismus« des *Laissez-Faire* deutlich unterscheidet (z. n. Walpen 2004, 56f). Trotz unterschiedlicher Strömungen kristallisierten sich von Anfang an zwei Gemeinsamkeiten heraus, nämlich zum einen die Ablehnung jedes

104 Zur Diskussion standen mehrere Bezeichnungen, z. B. neo-capitalisme, libéralisme positif, libéralisme social, sogar libéralisme de gauche, aber schließlich hat sich knapp der Begriff »neo-libéralisme« durchgesetzt (Walpen 2004, 60).

»Kollektivismus«, womit nicht nur Kommunismus und Sozialismus, sondern auch Keynesianismus und Wohlfahrtsstaat gemeint sind, zum anderen – in Frontstellung zur »engen ökonomischen Konzeption« des klassischen Liberalismus (Röpke, Rüstow) – eine stärkere Betonung des Staates, dessen Aufgabe Friedrich Hayek dahingehend bestimmt, den Wettbewerb als »Ordnungsprinzip der Wirtschaft« durchzusetzen (z. n. ebd., 58, 64). So befürwortet z. B. Röpke einen »liberalen Interventionismus«, der »nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze« eingreife (z. n. 70).¹⁰⁵ Otto Graf Lambsdorff betont in seiner Einführung zur Neuausgabe von Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft*, Hayek setze nicht auf Wettbewerb allein, sondern auf eine »Wettbewerbsordnung, die der Staat setzen muss« (Hayek 1994/1944, 12). Diese Abgrenzung vom klassisch-liberalen Ökonomismus gibt einen ersten Hinweis darauf, den vom Neoliberalismus geforderten Rückzug des Staates aus der Ökonomie nicht als grundsätzliche Staatsfeindschaft misszuverstehen: die neoliberale Anti-Staat-Rhetorik richtet sich v. a. gegen den Sozialstaat sowie gegen eine keynesianische Wirtschaftspolitik, die die sozialen Gegensätze im Namen »sozialer Gerechtigkeit« auszugleichen versucht. Sie zielt auf einen Umbau des Staates und der Zivilgesellschaft, der mit einer Stärkung des kapitalistischen »Wettbewerbsstaats« sowie seiner militärischen und repressiven Instanzen einhergeht.

Von Bedeutung ist von Anfang an der internationale Charakter der neoliberalen Intellektuellenvereinigung. Im April 1947 gründet sich in der Schweiz die Mont Pèlerin Society, in der sich führende liberale Intellektuelle aus 10 Ländern (u. a. Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Milton Friedman, Wilhelm Röpke, Ludwig von Mises, Karl Popper) zu einem transnationalen Elitenetzwerk zusammenschließen. Dieses Netzwerk bildet den Ausgangspunkt für zahlreiche Thinktanks, die in unterschiedlichen Ländern an einer neoliberalen Kritik des vorherrschenden Keynesianismus arbeiten und über Veranstaltungen, Politikberatung und Medienverankerung auf die öffentliche Meinung einwirken. Zum Umschwung kommt es, als die zunächst auf Intellektuellenkreise beschränkte ideologische Vorbereitung sich mit den Krisenerscheinungen eines Fordismus kreuzt, der den sozialstaatlich abgesicherten Klassenkompromiss nicht mehr aufrechterhalten kann. Weitgehend unbeachtet von den linken Intellektuellen der 68er Bewegung und unterschätzt auch bei den Keynesianern, gehen die Neoliberalen seit Beginn der 1970er Jahre dazu über, über das *Institute for Public Affairs* die konservative Partei in England und über das *American Enterprise Institute* und die *Heritage Foundation* die Republikanische Partei in den USA zu erobern.

Wir konzentrieren uns in den folgenden Abschnitten auf Friedrich

105 Die Kritik der »neuen« Liberalen richtet sich gegen die »ungenügende institutionelle Umrahmung und damit Sicherung des marktwirtschaftlichen Prozesses«, bemerkt Ptak (2004, 170).

A. Hayek, der als einer der einflussreichsten Wegbereiter und organischen Intellektuellen des Neoliberalismus gilt. Hayek, 1899 in Wien geboren, arbeitete zunächst als Ökonom im Rahmen der von v. Mises geführten österreichischen Grenzschule, stiedelte 1931 nach London um, wo er bis 1950 an der London School of Economics lehrte, ging dann von 1950 bis 1962 an die Universität von Chicago und wurde 1962 zum Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an die Universität Freiburg berufen. Er wurde zum »Vater der Freiburger Schule«, aus der u.a. die Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ihre Orientierungen bezieht. Hayek war nicht nur maßgeblich an der Gründung der *Mont Pelerin Society* beteiligt, sondern spielte auch eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung einer langfristigen Strategie neoliberaler Hegemoniegewinnung. So schrieb er z.B. 1949 in dem Artikel *The Intellectuals and Socialism*, die Durchsetzung der neuen liberalen Ideen könnte sich erst im Zeitraum von zwei bis drei Generationen vollziehen, weil sich erst dann das Meinungsklima und die dominante Weltanschauung geändert haben werden (z.n. Walpen 2004, 113). Sein Buch *The Road to Serfdom* (1944) wurde zu einem Grundlagentext für die britischen Neoliberalen um Margaret Thatcher, von der im Propagandafilm »Commanding Heights« außerdem berichtet wird, sie hätte in einer kontroversen Debatte in der konservativen Partei einen »gemäßigten« Kontrahenten unterbrochen, indem sie Hayeks *The Constitution of Liberty* hochhielt und pathetisch in den Saal rief: »This is what we believe.«

Es soll im Folgenden nicht darum gehen, den real existierenden Neoliberalismus aus den Schriften eines seiner organischen Intellektuellen herzuleiten. Die Texte werden vielmehr als Wegweiser in ein ideologisches Geflecht benutzt und als Symptom für zugrunde liegende Widersprüche neoliberaler Ideologie gelesen.

10.2 Der Frontalangriff auf »soziale Gerechtigkeit«

Wir beobachten den Punkt, an dem Hayek in seinem 1976 veröffentlichten Buch *The Mirage of Social Justice* (wir zitieren im Folgenden nach der deutschen Ausgabe, 1981a) zum Frontalangriff auf einen Begriff ansetzt, der eng mit dem Funktionieren des keynesianischen Wohlfahrtsstaats verbunden und tief im Alltagsverstand verankert war. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit sei völlig leer und bedeutungslos, ihn weiterhin zu verwenden sei »intellektuell anrüchig, ein Kennzeichen der Demagogie oder des billigen Journalismus, den zu benutzen verantwortliche Intellektuelle sich schämen sollten«. Er sei »unredlich«, schließlich sogar »zerstörerisch für das Moralempfinden« (134).

Hayeks Gegner sind nicht nur und nicht einmal spezifisch Marxismus und Sozialismus, sondern eine soziale Abweichung im Liberalismus, die er auf John Stuart Mill zurückführt: dieser habe 1861 in seiner Schrift *Utilitarianism* den Begriff der »sozialen oder distributiven Gerechtigkeit« ein-

geführt und ihn durch das Prinzip definiert, dass »die Gesellschaft jeden gleich gut behandeln soll, der sich um sie im gleichen Maße verdient gemacht hat« – gerecht sei, dass jeder das bekommt (oder erleidet), was er verdient (z.n. 94). Dieses sog. »equitable principle« und die damit verbundene Anspruchshaltung gegenüber der Gesellschaft führen Hayek zufolge »geradezu zu einem voll entwickelten Sozialismus« (ebd.). Dass Hayek den sozialliberalen Sündenfall gerade bei John Stuart Mill ansetzt, ist nicht gegenstandslos. Während der frühe Liberalismus von Locke bis James Mill v.a. als »Besitzindividualismus« auftrat, der sich von politischen und sozialen Demokratisierungsforderungen deutlich abgrenzte, bildete sich mit John Stuart Mill eine stärker demokratische und egalitäre Variante heraus, die sowohl auf die Demokratisierungsbewegungen des 19. Jahrhunderts als auch auf die frühsozialistische Kritik von Saint Simon, Fourier, Louis Blanc und Robert Owen reagierte.¹⁰⁶

Dass die zitierte »soziale« Gerechtigkeit bei Mill nur eine von fünf Gerechtigkeitsdefinitionen darstellt, von denen sich vier aufs individuelle Verhalten beziehen, wird von Hayek nicht nur deutlich gesehen, sondern als zentraler Punkt herausgearbeitet, auf den sich die Kritik zu konzentrieren habe: gefährlich ist gerade die sozial-liberale Vorstellung, individuelle und soziale Rechte miteinander kombinieren zu können. Dies versuchte z.B. Präsident Roosevelt 1944 in seiner Proklamation der »Vier Freiheiten«, in der die individuellen Freiheiten der Rede und des Glaubens mit den sozialen Freiheiten einer »Freiheit von Not« und »von Furcht« verbunden wurden (142). Diese Linie findet ihren Fortsetzung in der 1948 von der UN-Generalsammlung verabschiedeten »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte«, die einen Kompromiss zwischen liberalen und marxistischen Menschenrechtskonzepten darstelle, indem sie zusätzlich zu den individuellen Freiheitsrechten der ersten 21 Artikel noch einige »soziale und wirtschaftliche« Rechte aufnehme, z.B. das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 22), auf Arbeit unter befriedigenden Bedingungen, angemessene Entlohnung und Gewerkschaftsfreiheit (Art. 23), auf Freizeit (Art. 24), einen ausreichenden Lebensstandard (Art. 25), Zugang zu Bildung (Art. 26), Teilnahme am kulturellen Leben (Art. 27). Für Hayek sind diese Rechte totalitär, da sie auf der Interpretation der Gesellschaft als einer »bewusst geplanten Organisation beruhten, bei der jeder Mensch angestellt ist« (143). In diesem Sinne kann Otto Graf Lambsdorff vom Hayek-Schüler und ehem. tschechischen Präsidenten Václav Klaus sagen, er hätte erkannt, dass die Reformsozialisten von 1968 gefährlicher waren als die orthodoxen Kommunisten (in Hayek 1994/1944, 8).

¹⁰⁶ Zur Unterscheidung der unterschiedlichen Phasen im Liberalismus, vgl. Macpherson 1973, 5ff; 25ff; 32ff und 1975, 75.

10.3 Die Gnadenerordnung des »Katalallaxie-Spiels«

Hayeks Einwände gegen den Sozial-Liberalismus lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass das Konzept sozialer Gerechtigkeit ursprünglich aus der primitiven Kleingruppe stamme und auf die moderne Gesellschaft nicht übertragbar sei, da es dort aufgrund der sie auszeichnenden anonym wirkenden Marktgemeinschaft kein intentionales Wesen der Gesellschaft gebe (95f, 99f, 123f). Um die Argumentation abzustützen, schlägt er vor, den Begriff der »Ökonomie« durch den der »Katalallaxie« zu ersetzen. Erstere sei durch ihre Wortbedeutung, das »Gesetz« oder die »Ordnung« (*nomos*) eines »Haushalts« (*oikos*) zu sein, zu eng mit der planwirtschaftlichen Vorstellung bewusster Wirtschaftslenkung verbunden. Eine Wirtschaft in diesem Sinn bestehe »aus einem Komplex von Aktivitäten, durch den eine gegebene Menge von Mitteln nach einem einheitlichen Plan [...] aufgeteilt wird« (149). Dagegen leitet er den Neologismus »Katalallaxie« vom griechischen Verb *katallassin* oder *katallassin* ab, das sowohl »austauschen« als auch »zu einer Gemeinschaft zulassen« und »aus einem Feind in einen Freund verwandeln« bedeute (150). Damit hat Hayek den philologischen Schlüssel gefunden, um den Markttausch mit Gemeinschaftsbildung schlechthin zusammenfallen zu lassen. Die »Katalallaxie« bringe zum Ausdruck, dass es sich bei der Marktgemeinschaft um ein »Netz vieler miteinander verbundener Wirtschaften« ohne einheitliches Ziel handelt (149). Sie bezeichnet »die spontane Ordnung, die vom Markt dadurch hervorgebracht wird, dass Leute innerhalb der Regeln des Eigentums-, Schadensersatz- und Vertragsrecht handeln« (151). Freilich unterstellt die herangezogene Doppelbedeutung von *katallassin* auch, dass die »Zulassung« zur Gemeinschaft an den in den Tauschvorgang eingebrachten Besitz gebunden ist: zur Gemeinschaft gehört im Vollsinn, wer im Markt etwas zum Austausch anzubieten hat, das über den Verkauf der eigenen Arbeitskraft hinausgeht.

Durch den Ausschluss jeder Möglichkeit bewusster Planung wird das Ergebnis des Wirtschaftens in der Marktgemeinschaft zum »Schicksal«. Es sei emotional verständlich aber streng genommen absurd, sich gegen die »Ungerechtigkeit« zu empören, »wenn eine Folge von Schicksalsschlägen eine Familie trifft, während eine andere stetig gedeiht, wenn eine verdienstliche Anstrengung durch irgendein unvorhersehbares Unglück vereitelt wird« (100). So wenig es bei solchen Schicksalsschlägen gelingt, den dafür Schuldigen zu finden, so wenig lasse sich bei der »Verteilung materieller Güter in einer Gesellschaft freier Menschen« eine Verantwortung zuordnen (101). Bei Hayek erhält der »Kosmos des Marktes« den Status einer Gnadenerordnung: da wir von ihm immer wieder »Wohlthaten empfangen, die wir in keinem Sinne moralisch verdient haben«, sind wir auch verpflichtet, »gleichermaßen unverdiente Einkommensminderungen ebenfalls hinzunehmen« (131).

Damit entsteht freilich die Gefahr, dass der objektive Fatalismus des Marktes zu einem subjektiven Fatalismus der an ihm beteiligten Individuen führt. Wir erinnern uns an Lukács' Passivierungsdiagnose, der zufolge das Verhalten in der bürgerlichen Gesellschaft »kontemplativ« wird, d.h. sich »in der richtigen Berechnung der Chancen [des] Ablaufs [dessen »Gesetze« er »fertig, vorfindet] [erschöpft], ohne selbst den Versuch zu unternehmen, in den Ablauf selbst durch Anwendung anderer »Gesetze« einzugreifen« (GdK 109). Wir haben dagegen eingewandt, die Passivierungsthese unterschätze die Fähigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft, immer wieder Aktivitätsschübe in privat-egoistischen Formen freizusetzen (s.o. 4.1). Eine wichtige Strategie, den Schicksalsaspekt entfremdeter Vergesellschaftung mit einem privat-egoistischen Aktivismus zu verknüpfen, verläuft über die Metapher des »Spiels«, die in unterschiedlichen neoliberalen Konzepten eine bedeutende Rolle spielt.¹⁰⁷

Für Hayek stellt das »Katalallaxie-Spiel«, das er als eine Kombination aus Geschicklichkeits- und Glücksspiel beschreibt, eine anthropologische Fundierung des Markthandelns dar (103, 158). Die Spielmetapher hat den Vorteil, menschliche Praxis auf eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten festzulegen, ohne dass die vorgenommene Restriktion unmittelbar sichtbar wird.¹⁰⁸ Die Anordnung ist von vorneherein so angelegt, 1) dass menschliche Tätigkeit auf die Befolgung bereits vorgegebener »Regeln« beschränkt ist, die selbst nicht zur Diskussion stehen, so dass die aktive Gestaltung der Lebensbedingungen und die damit zusammenhängende Vereinbarung gemeinsamer »Regeln« aus dem Blickfeld verschwunden ist; 2) dass ihr spezifisch kooperativer, auf gemeinsame Ziele gerichteter und auf Reziprozitätsbeziehungen basierender Charakter ausgeblendet bzw. bei Mannschaffsspielen, die eine Binnen-Kooperation erfordern, der Wettbewerbslogik des Gewinns untergeordnet wird. Bei Hayek können wir die weitere Funktion beobachten, dass das Spiel-Paradigma 3) eine dem Alltagsverstand unmittelbar einleuchtende Evidenz für die Unangemessenheit übergreifender distributiver Gerechtigkeitsforderungen liefert: Das Spiel verläuft nach bestimmten Regeln, die die Handlungen der individuellen Spieler leiten und deren Verletzung »ungerecht« ist. Während es daher sinnvoll ist, zu verlangen, dass niemand gegen die Regeln verstößt und betrügt, »wäre es unsinnig zu verlangen, dass die Ergebnisse für die verschiedenen Spieler gerecht sein sollen« (103).

107 Zur Rolle von Spieltheorien in neoliberalen Konzepten, vgl. Schul/Blankenburg 2002, 79f, 95ff.

108 Vgl. zum widersprüchlichen Verhältnis zwischen restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit Holzkamp 1983, 461ff, 491ff, 500ff.

10.4 Die »negative« Gerechtigkeit und ihre Unzuständigkeit fürs Ganze

Entschieden wendet sich Hayek gegen die Schlussfolgerung, die auch von »hervorragenden Philosophen« gezogen werde (genannt wird der Nietzscheaner Walther Kaufmann), zusammen mit der »sozialen Gerechtigkeit« auch den Begriff der Gerechtigkeit allgemein zu verabschieden. Damit werfe man »einen der fundamentalen moralischen Begriffe, auf denen das Funktionieren einer Gesellschaft freier Menschen beruht, über Bord« – ein Vorgang, den Hayek als Symptom für das Ausmaß der sozial-liberalen Zerstörung des »Moralempfindens« deutet (134f). Es gehört zu den Paradoxien von Hayeks Theorie, dass er dort, wo er darangeht, seinen Gerechtigkeitsbegriff positiv zu kennzeichnen, von einem »negativen Begriff der Gerechtigkeit« sprechen muss, um ihn vom »positiven« Konzept sozialer Gerechtigkeit abgrenzen zu können (139). Wie im Spiel-Paradigma betrifft sie nur die »Regeln des individuellen Verhaltens« (ebd.). Wie alle Moral beruhe sie auf der »Freiheit persönlicher Entscheidungen« und gründe sich auf »die traditionelle Forderung, dass jeder zurechnungsfähige Erwachsene für sein eigenes Wohlergehen und das seiner Nachkommen verantwortlich ist« (136f). Zugleich ist dies die »Gerechtigkeit, um die es der Rechtssprechung geht« (135) bzw. »die Gerechtigkeit, für die die Gerichte sorgen« (137).

Wenn Hayek sein Gerechtigkeitskonzept als »negativ« kennzeichnet, ist damit die von ihm verordnete Unzuständigkeit fürs Ganze gemeint. Der Begriff soll die Möglichkeit ausschließen, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des modernen Kapitalismus mit sozialen Gerechtigkeitspostulaten zu konfrontieren und auf diese Weise ihre Ungerechtigkeit zu erweisen. Dies geschieht z.B., wenn die katholische Soziallehre beansprucht, die Legitimität der Wirtschaftsordnung vom Konzept einer »Menschenwürde« her zu beurteilen, die von der »Ebenbildlichkeit« Gottes abgeleitet ist.¹⁰⁹ Nicht zufällig polemisiert Hayek gegen einen »groß[n] Teil des Klerus aller christlichen Glaubensgemeinschaften«, der nach dem Verlust seines Glaubens an übernatürliche Offenbarungen »Zuflucht und Trost in einer neuen »sozialen« Religion gesucht hat« (97). Um solche Gefahren grundsätzlich abzuwenden, reduziert Hayek die Gerechtigkeit auf das Geschick, die vorgegebenen Regeln des Markt-Spiels zum eigenen Vorteil zu nutzen. Sie wird damit zu einem unmittelbaren Ausdruck dessen, was Macpherson als bürgerlichen »Besitzindividualismus« analysiert hat.¹¹⁰

109 So heißt es z.B. in dem vermutlich deutlichsten anti-neoliberalen Pastoralbrief der katholischen US-Bischöfe zur ökonomischen Gerechtigkeit von 1986: »Wherever our economic arrangements fail to conform with the demands of human dignity lived in community, they must be questioned and transformed.« (National Conference 1986, 15).

110 Macpherson erklärt den klassisch-liberalen »Besitzindividualismus«, den er v.a. am Beispiel von Hobbes, Harrington und Locke diskutiert, mit dem Konzept des Individuums

Aber obwohl kein Staat sich anmaßen darf, der Marktwirtschaft andere, ihr äußerliche Gerechtigkeitspostulate aufzuerlegen, bewegt sich der von Hayek vorgeschlagene Gerechtigkeitsbegriff keineswegs im staatsfernen Raum, sondern wird von den »Gerichten«, d.h. vom ideologischen Staatsapparat des Rechts (sowie seinen repressiv-polizeilichen Ausführungsorganen) durchgesetzt. Der Besitzindividualismus wird nicht nur geduldet, sondern selbst zum »Gesetz«, zum *Nomos* erhoben, nach dem die Gesamtgesellschaft sich zu richten hat. Im Gegensatz dämonisiert Hayek die Postulate sozialer Gerechtigkeit zur Un-Moral schlechthin: sie appellieren an »schmutzige« Gefühle, v.a. auf Ressentiment und Neid, auf »die Abneigung gegen Leute, denen es besser geht als einem selbst« (135). Dagegen beruht eine »lebensfähige« Moral auf der Billigung oder Missbilligung des Verhaltens anderer und erweist sich darin, dass sie imstande ist, den »Zivilisationsapparat« aufrechtzuerhalten (135f).

Gerechtigkeits-theoretisch betrachtet ist Hayeks Argumentation eine äußerst fragwürdige Konstruktion. Wenn Tugendhat von der Moral sagt, sie hätte »ihrem Sinn nach mit der objektiven Vorzüglichkeit des Menschen als kooperativem Wesen zu tun« (1997, 224), gilt dies insbesondere auch von der Gerechtigkeit. Hayeks Anthropologisierung des Spiels blendet aus, dass Gerechtigkeitsvorstellungen im wirklichen Leben mit Ethiken der Gegenseitigkeit verbunden sind, die im kooperativen Charakter von gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion wurzeln. In unterschiedlichen ethnologischen Untersuchungen ist auf die große Bedeutung von Reziprozitätsbeziehungen in vor-staatlichen Gesellschaften verwiesen worden, die über Heiratsregeln, Potlatch-Regulierungen von Gabe und Gegengabe und vielfältigen egalitären Sanktionen eine stabile Akkumulation von Reichtum und Macht über lange Zeit verhindert haben.¹¹¹

Offenbar gehört es zu den allgemeinsten Mustern der Klassen- und Staatsentstehung, dass solche Reziprozitäts-Ethiken als real funktionierende Institutionen weitgehend zerstört und zugleich imaginär in die neuen Herrschaftsverhältnisse transponiert werden. Meillassoux zufolge werden die Reziprozitätsnormen, die in der »häuslichen Produktionsweise« den vorrangig egalitären Zirkulationsformen entsprechen, in den aristokratischen Klassengesellschaften als »Ideologie der Reziprozität aufrechterhalten und dazu benutzt, die Ausbeutungsverhältnisse zu rechtfertigen« (Meillassoux

»as essentially the proprietor of his own person or capacities, owing nothing to society for them. [...] The relation of ownership [...] was read back into the nature of the individual. [...] Political society becomes a calculated device for the protection of this property and for the maintenance of an orderly relation of exchange.« (Macpherson 1962, 3; vgl. ebd., 263f)

111 Vgl. zur ethischen Funktionsweise des Potlatch immer noch Mauss (1990/1950, 20ff), zur wirksamen Verhinderung von Reichtums- und Machtakkumulation z.B. Clastres (1976, 22ff, 201), Meillassoux (1983, 77ff), Mann (1990, 22ff, 96), Sigmund (1994, 169ff, 186ff), Böhm (1993, 230f), Hande/Wagner (1998, 372ff).

1983, 83). »Im allgemeinen sprechen Herrscher und herrschende Gruppen in Begriffen der Reziprozität [...], um ihren Beitrag zu den von ihnen geführten gesellschaftlichen Einheiten zu betonen und die darin enthaltenen Tugenden und Notwendigkeiten harmonischer gesellschaftlicher Beziehungen zu preisen«, beobachtet Barrington Moore (1987, 669). Indem sie zugleich von den Beherrschten in Anspruch genommen wird, um die Legitimation der Herrschaft in Frage zu stellen, fungiert sie als eine Art »universeller Kode«, um dessen Auslegung in den ideologischen Kämpfen gestritten wird: ihre Einhaltung definiert, was als »gerecht« empfunden wird, so wie ihre Verletzung das ausmacht, was als ungerecht gilt (50, 666ff).

In dem, was Moore als »universellen Kode« der Gerechtigkeit beschreibt, kann man die ideologische Wirkungsweise einer »Kompromissbildung« beobachten, in der gegensätzliche Kräfte im Rahmen der Herrschaftsstruktur verdichtet werden (s.o. 9.4). Kohäsionsstiftend werden Gerechtigkeitsdiskurse gerade dadurch, dass sie »antagonistisch reklamierbar«, d.h. gegensätzlich auslegbar und anrufbar sind. Wie andere ideologische Diskurse nähren sie sich von »horizontalen« Energien und müssen sich dazu – wie verschoben auch immer – auf horizontale Reziprozitätsbeziehungen eines Gemeinwesens beziehen.

Entgegen Hayeks Argumentation ist der Begriff der »sozialen Gerechtigkeit« auch keineswegs ein anachronistisches Überbleibsel aus der Zeit »primitiver Kleingruppen«, sondern eine moderne Errungenschaft. Hayek bestätigt dies wider Willen, wenn er seine Herausbildung mit John Stuart Mill einsetzen lässt und damit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ansiedelt. Zur Verankerung sozialer Rechte kam es in der Regel sogar erst im Laufe des 20. Jahrhunderts, nachdem die politischen Gleichheitsrechte mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts nach der gescheiterten Novemberrevolution 1918/19 anerkannt wurden.¹¹² Ausschlaggebend war der Aufstieg von sozialistischen Arbeiterbewegungen, die ihre Forderungen in der Sprache sozialer Rechte und Gerechtigkeit artikulierten. Im Zuge der »passiven Revolution« zur Sozialismusabwehr wurden solche Diskurse auch von bürgerlichen Sozialreformern aufgenommen und gegen die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf bloße Verteilungsgerechtigkeit reduziert.¹¹³

¹¹² Vgl. zum Verhältnis zwischen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten Marshall/Bottomore 1992, 15, 24, 28.

¹¹³ Wenn Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* gegen die Gerechtigkeitsdiskurse der Sozialdemokratie polemisiert, richtet sich die Kritik v.a. gegen die Reduktion auf Verteilungsgerechtigkeit (vgl. *Gotha*, 19/18ff). Während Marx aus der reformistischen Harmlosigkeit eines solchen Verteilungssozialismus den Schluss zog, den Begriff der Gerechtigkeit allgemein fallenzulassen, scheint es mir angesichts der Bedeutung populärer Gerechtigkeitsvorstellungen fruchtbarer zu sein, an diese Diskurse anzuknüpfen und den Gerechtigkeitsbegriff auf die Machtverhältnisse in der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft auszuweiten.

Hayeks Gegner ist der moderne fordistische Sozialkompromiss in den höchst entwickelten kapitalistischen Ländern. Gerechtigkeitstheoretisch wurde er am prominentesten von John Rawls artikuliert, der aus einem fiktiven Zustand ursprünglicher Gleichheit, in dem die Teilnehmer ihre wirkliche soziale Position nicht wissen (Schleier der Unwissenheit), u.a. das Prinzip ableitete, Ungleichheiten seien nur dann gerecht, wenn sie für alle, insbesondere die Ärmsten, vorteilhaft seien (Rawls 1975, 81).¹¹⁴ In Zeiten allgemein steigender Reallohn in den kapitalistischen Zentren konnte ein solches Prinzip als glaubhaft und realistisch angesehen werden und funktionierte als Bestandteil hegemonialer Ideologie. Sobald die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren die ökonomische Aufwärtsentwicklung zum Einsturz brachte, geriet auch Rawls' Gerechtigkeitskonzeption zunehmend unter neoliberalen Beschuss.¹¹⁵ Entscheidend in unserem Zusammenhang ist, dass die sachlich-unpersönliche Funktionsweise des Marktes, die Hayek dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit entgegenhält, in den von neoliberalen Autoren zurückgewiesenen Gerechtigkeitskonzepten des fordistischen Sozialkompromisses durchaus berücksichtigt ist: gerade weil der Markt sachlich-anonym funktioniert und sich »hinter dem Rücken« der an ihm Beteiligten durchsetze, wirke er »unsozial« und brauche als Gegengewicht einen Wohlfahrtsstaat, der ihn mit keynesianischen Steuerungsmethoden und gezielter Umverteilungspolitik reguliere.

10.5 Die religiöse Unterwerfungsstruktur des Marktradikalismus

Hayeks Begriffsstrategie erschließt sich, wenn man sie als Eingriff ins ideologische Instanzengefüge analysiert. Zu einem Teil tut er, was alle Ideologen zu tun versuchen, nämlich ein bislang vom Gegner gehaltenes semantisches Feld zu besetzen. Dies zeigt sich z.B. an seiner Beschreibung der »Großen Gesellschaft« (Great Society) freier Menschen (99, 123f, 153, 154f), die in den 1960er Jahren ein Kernbegriff der Johnson Administration gewesen ist, in dessen Namen ein von der Regierung geführter gesamtnationaler »Krieg gegen die Armut« ausgerufen wurde. Hayek löst den Begriff aus dem politischen Kontext der rooseveltschen New Deal Tradition heraus und überführt ihn in den Kontext des neoliberalen Marktradikalismus. Darüber hinaus schneidet er dem Begriff der Gerechtigkeit jede Möglichkeit ab, als moralischer Wert

¹¹⁴ Wie Ton Veerkamp gezeigt hat (2005, 146), ist Rawls Konstruktion eines solchen Urzustands der Gleichheit zwar fiktiv, stellt aber damit auch den Versuch dar, außerhalb der Logik des jeweils geltenden Systems den archimedischen Punkt zu finden, von dem aus die Gesellschaft nach ihrer Un/Gerechtigkeit beurteilt werden kann.

¹¹⁵ Dass Rawls die kritischen Potentiale seiner Theorie nicht entfalte und dann in seinen späteren Arbeiten unter dem Druck neoliberaler Kritiken zunehmend nach rechts rücke, hat u. a. Pogge gezeigt (1989, 4ff, 10ff).

»von unten« gegen die herrschende Marktordnung angerufen zu werden. Insofern ähnelt Hayeks Gerechtigkeit der allgemeinen Definition in Aristoteles' *Nikomachischer Ethik*, bei der das Gerechte mit dem Gesetzlichen zusammenfällt (NE, 1129b), nur dass der *nomos*, dem das Gerechte zu entsprechen hat, nicht mehr der einer aristokratischen Sklavenhaltergesellschaft, sondern der kapitalistischen Marktordnung ist (deshalb kann Hayek, der sich häufig auf Aristoteles' Gesetzesherrschaft beruft, dessen Prinzip einer »distributiven Gerechtigkeit« nicht übernehmen). Durch die Unterbindung der antigonistischen Anrufbarkeit verliert das Ideologische seine Mehrdeutigkeit und wird zur bloßen Unterstellungstugend degradiert.

Es wäre ideologietheoretisch naiv, Hayeks Betonung der Schicksalhaftigkeit des Marktes mit dem emphatischen Hinweis auf die schöpferische Freiheit der Individuen widerlegen zu wollen. Schließlich sprach auch die *Deutsche Ideologie* vom Markt, der »gleich dem antiken Schicksal über der Erde schwebt und mit unsichtbarer Hand Glück und Unglück an die Menschen verteilt, Reiche stiftet und Reiche zertrümmert, Völker entstehen und verschwinden macht« (DI, 3/35). Hayek artikuliert einige Aspekte der Verdinglichung bürgerlicher Warengesellschaft, die Marx in seinen Fetischismusanalysen aufgewiesen hat, mit dem Unterschied freilich, dass bei ihm zelebriert und zur alleingültigen Norm erhoben wird, was dort als entfremdete Vergesellschaftung der Produzenten dekonstruiert wurde. Insofern gleicht Hayeks Verfahren dem der Vulgärökonomie, die »objektiven Gedankenformen« der kapitalistischen Warenproduktion, die sich spontan als »gang und gäbe Denkformen« reproduzieren (KI, 23/90, 564), unmittelbar in eine doktrinaire Sprache zu »übersetzen« (TM, 26.3/445).

Freilich kann das, was sich vom Standpunkt kritischer Wissenschaft aus intellektuell dürftige Apologie darstellt, vom Gesichtspunkt seiner ideologischen Wirksamkeit auch als Stärke analysiert werden. Folgt man Stuart Halls Anregung, bei der Analyse einer Ideologie nicht danach zu fragen, was falsch an ihr, sondern was »wahr« im Sinne von »einleuchtend« an ihr ist (Hall 1989, 189), wird man den Evidenzgehalt von Hayeks Neoliberalismus v.a. in seiner Nähe zur »Religion des Alltagslebens« finden, in der sich die Produktionsagenten »zu Hause fühlen« (K III, 25/838). Die Schilderungen von Marktmechanismen, die aufgrund ihres unpersönlich-anonymen Charakters moralisch nicht belangt werden können, scheinen die massenhaften Erfahrungen mit verdinglichten Verhältnissen nüchtern und pragmatisch angemessen auf den Punkt zu bringen. Warum soll man seine Hoffnungen auf wohlklingende Definitionen sozialer Gerechtigkeit setzen, die in der Krise des Fordismus, also da, wo man am dringendsten auf sie angewiesen wäre, ohnehin nicht einklagbar sind?

Aber Hayeks ideologischer Einsatz ist mit seiner Kennzeichnung einer »vulgärökonomischen« Reproduktion der »objektiven Gedankenformen« der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht hinreichend gefasst. Seine Haupt-

anstrengung liegt in der Überhöhung der kapitalistischen Marktwirtschaft zu einem Allerheiligsten, das gegen jede menschliche Initiative, die es infrage stellen und in sie eingreifen könnte, systematisch abgeschottet ist: Das »Katalaxie-Spiel« ist zum einen dadurch geschützt, dass es nicht *gewusst* werden kann. Für Hayek wird das Wissen über die Zusammenhänge des Marktes seinem Gegenstand gefährlich, »weil es eine Versuchung zur Planung darstellt« (Haug 2006b, 191). Durchgängig sieht er sich im Gegensatz zu einem Aufklärungszeitalter, das er in Marx und Freud kulminieren lässt. Der dritte Band seiner Trilogie *Recht, Gesetzgebung und Freiheit* endet mit dem Satz: »Der Mensch ist und wird niemals der Herr seines Schicksals sein.« (1981b, 236).

Ein zweiter Schutzwall besteht in einer kultur-evolutionären Ableitung, in der die Marktwirtschaft die höchstmögliche Errungenschaft darstellt. Hayek vertritt einen modifizierten Sozialdarwinismus, bei dem sich das *survival of the fittest* nicht mehr wie noch bei Darwin auf die Arten und ihre Entwicklung bezieht, sondern auf die Institutionen. Auch hier geht es ihm v.a. darum, jeden Anteil bewusster Gestaltung auszuschließen. So wie das Gehirn als ein Organ funktioniert, das uns befähigt, »Kultur aufzunehmen, aber nicht, sie zu entwerfen«, vollzieht sich auch der Übergang von der Horde über die sesshafte Gemeinschaft zur »offenen Gesellschaft« auf der Grundlage, dass die Menschen lernten, »abstrakten Regeln zu gehorchen«, sie nachzuziehen und das Gelernte weiterzugeben (213f, 217). In der auf Evolution verkürzten Geschichte ist menschliche Praxis auf den passiven Aspekt einer Anpassung an die Umwelt reduziert. Und schließlich ist der Markt, wie wir gesehen haben, auch gegen jede moralische Infragestellung geschützt, die sich von sozialen Gerechtigkeitspostulaten herleitet.

Es bietet sich hier an, die Religionsanalogien in den marxischen Fetischismusanalysen beim Wort zu nehmen. Wir erinnern uns an Walter Benjamins Kennzeichnung des Kapitalismus als permanente, sich gnaden- und trostlos vollziehende »Kulturreligion« ohne »spezielle« Dogmatik und Theologie, die nicht entzöhnt, sondern universell »verschuldet« (GS VII, 2, 100). Hayeks Verfahren, den kapitalistischen Markt gegen menschliche Einsicht, bewusste Initiative, und ethischen Einspruch zu schützen, statt diese materiell wirkende und wirksame Kulturreligion mit dem Status eines *deus absconditus* aus, dessen Ratschlüsse unabänderlich und geheim sind. Während in traditionellen Religionen unter bestimmten hegemonialen Konstellationen noch die Möglichkeit besteht, die göttliche Instanz gegen irdische Herrschaften anzurufen, ist es bei Hayek der ökonomische Kernbereich bürgerlicher Herrschaft selbst, der zur verborgenen, unantastbaren Gottheit erhoben wird. Befreiungstheologen haben dies unter Berufung auf die »vorrangige Option für die Armen« in der Bibel als Götzendienst verurteilt. Ton Veerkamp beschreibt das ideologische System des Neoliberalismus als »eine Religion säkularisierter Bourgeoisie«: »Die positiv-religiösen

Dogmen traditioneller Religionen sind entsorgt, aber die religiöse Unterwerfungsstruktur bleibt lupenrein erhalten.« (Veerkamp 2005, 129)

Doch trotz der Perfektion, mit der Hayek eine monolithische Unterwerfungsstruktur zu errichten und gegen jegliche Infragestellung abzuschotten versucht, ist seine Konstruktion von inneren Widersprüchen durchzogen, die wir im Folgenden mithilfe einer »symptomalen Lektüre« freilegen wollen.

10.6 Ein symptomaler Widerspruch zwischen Marktschicksal und Leistungsmobilisierung

Den Begriff der »symptomalen Lektüre« hat Althusser zur Kennzeichnung eines kritischen Lektüre-Typus eingeführt, den Marx gegenüber der klassischen Ökonomie entwickelte und bei dem es darum ging, die »notwendige Verbindung« zwischen dem Feld des Erkannten und des Nicht-Erkannten ausfindig zu machen, das Nicht-Gesehene (bévues) im Gesehenen (vue), das Nicht-Gewusste in den stärksten Evidenzen zu entziffern (LLC, 18, 20, 26, 31; DKL I, 27, 29f, 36, 41f). »Symptomal« meint hierbei das Verfahren, die Bruchstellen eines Textes als Symptome eines latenten zweiten Textes zu lesen. Damit wird die Ideologiekritik den stärksten textanalytischen Anforderungen ausgesetzt: es geht um eine Kritik »von innen«, die den Text in seine eigenen Widersprüche verstrickt und auf diesem Weg die soziale Strukturierung der Problemanordnung und ihre inneren Grenzen rekonstruiert (vgl. LLC, 29f; DKL I, 39f).

Befragen wir Hayeks Text nach den immanenten Bruchstellen, die ihn durchziehen, stoßen wir auf den Widerspruch zwischen seiner Festlegung der Gerechtigkeit auf die Durchsetzung eines privat-egoistischen »Besitz-individualismus« (auch über den Staat) und einer Argumentation, die in Frontstellung gegen John Stuart Mills' »equitable principle« jeden Anspruch auf einen geregelten Zusammenhang zwischen Leistung und Belohnung zurückweist. Mit diesem Zusammenhangs-Verbot ist nämlich auch der von Hayek beschworene Privategoist getroffen, der nun jeden »moralischen« Anspruch auf einen »gerechten« Anteil am Marktreichtum verliert. Dass dies für Hayek ein Problem ist, sieht man bereits daran, dass sein Diskurs hier für einen Moment seinen selbstbewussten Verkündigungsduktus einbüßt und sich in einem unschlüssigen Einerseits-Anderseits verliert. Es sei ein »wirkliches Dilemma, bis zu welchem Ausmaß wir in jungen Menschen den Glauben bestärken sollen, dass sie Erfolg haben, wenn sie wirklich versuchen, oder eher betonen sollen, dass unvermeidlich einige, die es nicht verdienen, Erfolg haben und einige, die ihn verdienen, scheitern werden« (1981a, 107). Wie wir gesehen haben, gründete sich Hayeks gesamte Polemik gegen die »soziale Gerechtigkeit« auf den zweiten Punkt der aufgestellten Alternative, auf die »Schicksalhaftigkeit« des Katalaxie-Spiels. Zum »Dilemma« kommt es, weil Hayek sich andererseits ebenfalls bewusst ist,

dass der Glaube an den Zusammenhang von Leistung und Ertrag für das Funktionieren der Marktordnung »gewiss wichtig« ist: »Tatsächlich gibt es nur wenige Umstände, die eher dazu geeignet sind, einen Menschen energisch und effizient zu machen, als die Überzeugung, dass es hauptsächlich von ihm selbst abhängt, ob er die Ziele erreicht, die er gesetzt hat.« (106f) Aber obwohl diese Überzeugung sich in der Gesellschaft »im allgemeinen sehr zum Vorteil« auswirke, führe sie andererseits zu einem »übertriebenen Vertrauen auf die Wahrheit dieser Verallgemeinerung, die denen, die trotz ihres Fleißes gescheitert sind, als bittere Ironie und böse Provokation erscheinen muss« (107). Das »Dilemma« besteht also darin, dass die Leistungsideologie des Neoliberalismus in sich die Tendenz birgt, in Ressentiment umschlagen und auf diesem Weg Ansprüche auf »soziale Gerechtigkeit« zu erzeugen, zu deren Delegitimierung Hayek gerade ausgezogen ist. Hayek versucht nicht einmal, dieses Problem zu lösen, sondern beschränkt sich darauf, zu bedenken zu geben, ob ohne das »übergroße« und »teilweise irrige« Vertrauen auf die angemessene Entlohnung der Fähigen und Fleißigen »die Masse wirkliche Entlohnungsunterschiede toleriert« (ebd.). Um solche Entlohnungsunterschiede für »gerecht« zu halten, muss also die »Masse« der Geringverdienenden und Armen daran glauben, dass die Reichen ihre Reichtümer aufgrund ihrer eigenen Leistungen »verdient« haben. Die von Hayek theoretisch attackierte »moralische« Verbindung zwischen Leistung und Ertrag erweist sich als praktisch notwendige Illusion, um die bürgerliche Herrschaftsordnung abzustützen und ihre Subjekte leistungsmotiviert zu halten.

Dem Experten das aufgeklärte Wissen, Aberglaube fürs Volk. Wir stoßen hier auf eine Inkohärenz, die für das Funktionieren des Ideologischen allgemein erforderlich ist. In der Sprache des althusser'schen Anrufungsmodells könnte man formulieren, dass die freiwillige Unterstellung unter das große SUBJEKT des kapitalistischen Marktes von den kleinen Subjekten erfordert, sich über ihre wirklichen Handlungsbedingungen Illusionen zu machen. Auch Althusser's überallgemeine, aus Lacans Theorie des kindlichen Spiegelstadiums übernommene Gleichung »Wiedererkennen« (= »Verkennen«, reconnaissance = méconnaissance (s.o. 6.5)) kann im Kontext dieser ideologischen Anrufung einen konkreten Sinn erhalten: soweit die Subjekte sich in den Anrufungen der Leistungsideologie »wiedererkennen«, müssen sie im Interesse ihrer eigenen Handlungsfähigkeit versuchen, ihr Ausgeliefertsein an die entfremdeten Marktverhältnisse zu »verkennen«. Ohne illusionäre Anteile am Prinzip »Jeder ist seines Glückes Schmied« ist Motivation nur schwer aufrechtzuerhalten.

Was Hayek daran hindert, das von ihm aufgeworfene »reale Dilemma« zu beantworten, ist eine Paradoxie neoliberaler Ideologien: sie präsentieren sich als die radikalsten Vorreiter einer umfassenden Befreiung von Handlungsfähigkeit gegenüber einem bevormundenden und bürokrati-

tischen Staat. Unermüdlich mobilisieren sie die Subjekte, indem sie sie dazu aufrufen, Initiative zu ergreifen, aktiv und schöpferisch zu sein und optimistisch an den Erfolg ihrer Bemühungen zu glauben. Auf diese Mobilisations-Anrufungen konzentrieren sich die auf den späten Foucault zurückgehenden *Gouvernementalitäts-Studien*, ohne dabei in der Regel den Entfremdungszusammenhang zu analysieren, in den diese Anrufungen eingebettet sind (s. u. 12.3). Denn zugleich müssen die zu Mobilisierenden dazu angehalten werden, sich der unberechenbaren und schicksalhaften Ordnung des Marktes unterzuordnen, die die Leistungsanstrengungen so vieler regelmäßig frustriert.

Wir werden sehen, dass Hayeks Diskurs auch an zwei anderen strategischen Stellen, nämlich im Hinblick auf den Staat und die »Freiheit«, vom latenten Text seines Gegenteils heimgesucht und durchkreuzt wird.

10.7 Staat und Freiheit: Der neoliberale Diskurs ist von seinem Gegenteil durchkreuzt

Beginnen wir mit dem Verhältnis zum Staat. Hayeks Polemiken gegen den fordistischen Wohlfahrtsstaat und seine sozialen Kompromissbildungen werden häufig als grundlegende Staatskritik interpretiert und unter der Bezeichnung »Libertarianism« in Gegensatz zu einem »Neokonservatismus« gebracht, der auf Autorität anstatt auf Marktfreiheit und individuelle Wahl setzen würde (z. B. Gamble 1996, 112f.). Freilich erfährt man vom gleichen Autor, dass Hayek auf Grund seines »konservativen Individualismus« eine Brückenfunktion zwischen Neoliberalen und Neokonservativen einnehmen konnte (124). Dies gibt uns einen ersten Hinweis, dass es falsch wäre, die Unterschiede beider Formationen zu unüberschreitbaren Gegensätzen aufzubahnen. Zwar scheiterte die Mont Pèlerin Society 1972 mit ihrem Versuch, führende Neokonservative wie Irving Kristol, William Kristol und Gertrude Himmelreich als Mitglieder zu gewinnen, aber zahlreiche Intellektuelle hatten in den USA schon seit den 1950er und 60er Jahren am Projekt eines »Fusionismus« zwischen »Libertarians« und »Traditionalisten« gearbeitet.¹¹⁶ Sein Erfolg zeigte sich spätestens Ende der 70er Jahre in der neoliberal-konservativen Blockbildung, die den Wahlsieg Ronald Reagans ermöglichte. »What happened was that around 1980, the free-market school of thought and the neoconservative school of thought fused. Maybe Reagan did it«, berichtet Irvin Kristol im Rückblick (z. n. Yergin/Stanslav 1998, 332).

Gebannt durch den anti-totalitären Oberflächendiskurs übersieht ein Großteil der Literatur, dass Hayek in seinem Verfassungsmodell in Gestalt

116 Vgl. Wäpnen 2004, 172f, 203f und Diamond 1995, 29ff. »Reverence for the past and an enduring social order balanced the fusionists' adjoining commitment to individualism.« (Ebd. 30)

eines »Rats der Weisen« eine politische Entscheidungsinanz mit weitreichenden Vollmachten eingeführt hat, die weder demokratisch gewählt ist noch kontrolliert werden kann. Ausgangspunkt ist die Diagnose, dass die ursprünglich zur Kontrolle autokratischer Staatsgewalt eingeführte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative in eine uneingeschränkte Parliamentsherrschaft umgeschlagen ist (1981b, 141f). Möglich war dies durch eine Kompetenzanhäufung bei der Legislative, die sowohl die fürs Gemeinwesen verbindlichen Gesetze verabschiedet als auch die Regierung kontrolliert und insofern auch an der Leitung der Regierungsgeschäfte beteiligt ist. Das eigene Verfassungsmodell besteht im Kern darin, diese beiden Funktionen zu trennen, so dass eine »legislative Versammlung« nach Art eines »Oberhauses« allein für die Gesetzgebung zuständig ist, während das »Unterhaus« der »Regierungsversammlung« über seine Finanzhoheit (power of the purse) die Regierung kontrollieren kann (147f).

Die Legislative Versammlung, die Hayek sich nach dem Modell der athenischen *nomothetai* vorstellt, beschließt die »Gesetze« im Sinne von »generellen Regeln des gerechten Verhaltens« und legt damit die »abstrakte Ordnung«, den *nomos* fest, in dessen Rahmen sich alles Regierungshandeln bewegen muss (151f, 154). Während die »Regierungsversammlung« sich nach den Interessen der Bürger zu richten hat, geht es bei den *nomothetai* darum, »unparteiisch für die Gerechtigkeit [einzutreten]«, was von ihnen spezifische Qualitäten von »Redlichkeit, Weisheit und Urteilskraft« erfordert (155). Ihre Kompetenzen sind nahezu unbegrenzt. »Alle erzwingbaren Verhaltensregeln« erfordern ihre Sanktion. Es geht nicht nur um die Prinzipien der Besteuerung, sondern grundsätzlich um die Herstellung eines »adäquaten Rahmens für einen funktionierenden Wettbewerbsmarkt«, einschließlich Korporationsrecht sowie um alle Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften, Produktions- oder Konstruktionsvorschriften, »die im allgemeinen Interesse durchgesetzt werden müssen« (158).

Aus solchen Sätzen ist nicht zu entnehmen, dass der Neoliberalismus die Wirtschaft »weniger« regulieren würde als der Keynesianismus. Der Unterschied besteht vielmehr darin, dass die ökonomischen Eliten nun über ihre *nomothetai* unmittelbar bestimmen können, dass solche Regulationen nur nach den »Gerechtigkeits-Regeln« der kapitalistischen Marktordnung erfolgen dürfen. Dem entspricht, dass Hayeks Verfassungsmodell nicht vorsieht, die Legislative Versammlung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu wählen: sie soll sich aus Mitgliedern zusammensetzen, »die sich schon im Alltagsleben bewährt« und deshalb das »relativ reife Alter« von 45 Jahren erreicht hätten. Sie üben ihre Funktion in der Regel 15 Jahre lang bis zum 60. Lebensjahr aus und stehen nicht in Versuchung, sich wegen Wiederwahl bei der Bevölkerung anzubiedern. Vor allem werden sie nur von der Altersgruppe der 45-Jährigen gewählt, so dass jedes Jahr nur ein Fünftel der Versammlung neu dazukommt, während ein Fünftel der

60-jährigen ausscheidet (156). Im Hintergrund steht die Vorstellung einer Organisation der Gesellschaft in Altersgruppen, in denen jeweils auch die verschiedenen sozialen Klassen zusammengefasst sein sollen (161f). Damit die Wahl von jeder Altersklasse als ein »Preis« angesehen wird, der den am meisten respektierten Zeitgenossen zugesprochen wird, schlägt Hayek eine »indirekte Methode der Wahl [...] mit regional ernannten Delegierten« vor, »die die Repräsentanten aus ihrer Mitte wählen« (157). Wer die Delegierten »ernannt« (appointed) hat, bleibt im Dunkeln.

Wir erhalten also gerade das, vor dem Hayeks anti-totalitaristisches Pathos uns zu warnen schien, einen autoritären, in seinen Machtbefugnissen nahezu uneingeschränkten Ordnungsstaat. Dass alle Rahmenkompetenz nun bei einer demokratisch nicht legitimierten Instanz konzentriert ist, hebt das Prinzip der Gewaltenteilung de facto auf und macht es kaum möglich, Hayeks Modell vom Totalitarismus zu unterscheiden. Das wird umso deutlicher als in den Gerechtigkeitsregeln der Legislativen Versammlung nicht einmal die *individuellen* Grundrechte verankert werden sollen: weder die Rede-, Presse-, Religions- und Versammlungsfreiheit noch die Unverletzlichkeit der Wohnung seien ein »absolutes Recht [...], das nicht durch allgemeine Rechtsregeln beschränkt werden dürfte« (152). Dass Hayek zur gleichen Zeit den staatsterroristischen Neoliberalismus der Pinochet-Diktatur unterstützt, ist mit der Anlage seines Verfassungsmodells durchaus vereinbar.¹¹⁷

Betrachten wir nun, was in der neoliberalen Rhetorik den Gegenpol zum Staat bilden soll: die »Freiheit«. Wir konnten in Hayeks Diskurs bereits eine eigentümliche Verklammerung mit den Unterstellungstugenden des Gehorsams und der Anpassung feststellen. Sieht man nach, wie Hayek in seinem einschlägigen Buch *The Constitution of Liberty* (1960) den Begriff bestimmt, stößt man zunächst auf den angestrengten Versuch zu erklären, was Freiheit *nicht* ist: nichts zu tun haben soll sie z. B. mit »politischer Freiheit«. Ob man berechtigt ist, an der Bestimmung der Regierung, der Gesetzgebung oder der Verwaltung mitzuwirken, sage über den Zustand der Freiheit nichts aus, da man ja auch freiwillig die Sklaverei wählen könnte (1960, 13f). Ebenso wenig habe sie mit effektiver Handlungsmacht zu tun, wie z. B. John Dewey (effective power to do specific things) annahm (17), und es sei fraglich, erklärt Hayek ungeduldig, ob die Verwendung des Begriffs im Sinne von Macht »toleriert werden sollte« (18). Zu Recht befürchtet er, eine Verbindung mit der Macht würde nahelegen, das Vorhandensein oder das Fehlen materieller Ressourcen sowie die Reichtumsverteilung zum Gegenstand von

117 Hayeks »Rat der Weisen« ist nicht das einzige und nicht einmal das einflussreichste neoliberale Modell zur Demokratieeinschränkung. Andere Projekte gehen eher in die Richtung, das Politische selbst nach dem »Tauschprinzip« zu organisieren und in private Einzelverträge aufzulösen (vgl. hierzu Schui/Blankenburg 2002, 125ff, 140ff).

Freiheits-Debatten zu machen (17f). Tatsächlich würde z. B. eine Verknüpfung des Freiheitsbegriffs mit Spinozas Konzept des Handlungsvermögens (*potentia agendi*) den Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse lenken, die die Entfaltung der jeweils individuellen Handlungsfähigkeit beeinträchtigen. Von dort ist es nicht weit zu der Überlegung von Marx, Freiheit in einer klassenlosen Gesellschaft könne nur darin bestehen, »dass [...] die assoziierten Produzenten ihren Stoffwechsel mit der Natur rational regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den würdigsten Bedingungen zu vollziehen« (K III, 25/828).

Nein, wendet Hayek ein (1960, 16), nicht irgendwelche »Hemmung« (restraint) von Handlungen kann Unfreiheit hervorrufen, sondern lediglich unmittelbar »Zwang« (coercion). Wie die Gerechtigkeit ist auch die Freiheit ein »negativer« Begriff, der nur die größtmögliche Abwesenheit von »Zwang durch andere Menschen« bezeichnet (11, 19). Wenn Hayek den »Zwang« auf ein Verhältnis zwischen Personen beschränkt (20f), tut er selbst, was er zu Unrecht den Vertretern »sozialer Gerechtigkeit« vorwarf: er geht auf eine vor-moderne Problemstellung zurück. Von ihr aus kann z. B. der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse«, mit dem Marx die Spezifik moderner bürgerlicher Herrschaft kennzeichnete (23/756), nicht mehr als Freiheits Einschränkung thematisiert werden. Wir können ergänzen, dass dies auch für andere Manifestationen struktureller Gewalt zutrifft, von den patriarchalen Geschlechterverhältnissen bis hin zum Rassismus (zumindest soweit nicht unmittelbar persönlicher Zwang angewandt wird). Insbesondere gilt es für den Zwang des Staats, den Hayek für notwendig erklärt, soweit er durch sein Machtmonopol die Privatsphäre schützt und die Zwangsausübung zwischen Person und Person verhindert (21).

Dies ist der Punkt, an dem die bereits entleerte, jedes demokratischen Gehalts und jeder gemeinsamen Zielstellung beraubte »negative Freiheit« ins Gegenteil umschlägt: da nur durch die gehorsame Hinnahme der vorgegebenen abstrakt-sachlichen Regeln die durch personellen Zwang verursachte Unfreiheit eingeschränkt werden kann, fällt »Freiheit« schließlich mit der Unterstellung unter das »Gesetz« des Marktes und seines Ordnungsstaats zusammen. Wenn Hayek den angelsächsischen Liberalismus mit der rationalistisch-demokratischen Tradition Frankreichs kontrastiert, hebt er v. a. die liberale Vorstellung hervor, dass ohne eine »genuine Verehrung für gewachsene Institutionen, Gebräuche und Gewohnheiten«, eine freie Gesellschaft nicht existieren könnte (61).¹¹⁸ In Abwandlung des altusserischen Anrufungsmodells kann man sagen, dass Freiheit im ideologischen Dispositiv des Neoliberalismus als illusionäre Subjekt-Imagination funktio-

118 Und umgekehrt: »It is against the demand for submission to such [moral rules of conduct] that the rationalistic spirit is in constant revolt.« (Hayek 1960, 64f)

niert, die die ideologische Unterstellung unter Markt und Wettbewerbsstaat notwendig begleitet, indem sie ihr den Charakter der Freiwilligkeit gibt.

Hier wird freilich auch sichtbar, dass eine Ideologietheorie, die die Geschichte als »Prozess ohne Subjekt« (Althusser 1973, 94) konzipiert und die Problematik der »Freiheit« von vorneherein dem Bereich ideologischer Selbst-Verkennung überliefert, für eine Kritik der »negativen« Freiheitskonzeptionen des Neoliberalismus nicht hinreichend gerüstet ist. Mehr noch: sie läuft Gefahr, Wasser auf die Mühlen neoliberaler Ideologien zu leiten, indem sie ihren zynischen Unterstellungs-Fatalismus im Rahmen eines vermeintlich marxistischen Determinismus und Funktionalismus reproduziert. Dabei hatten Marx und Engels eine weitaus offensivere Begriffstrategie vorgeschlagen, indem sie die Freiheit im Zusammenhang mit einer klassenlosen und herrschaftsfreien »Assoziation« konzipierten, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (*Manifest*, 4/482). »Erst in der Gemeinschaft [mit Anderen hat jedes] Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich«, heißt es z. B. in der *Deutschen Ideologie* (3/74). Gegen einen deterministischen Abschluss der Freiheitsproblematik hat Bloch die »partielle Bedingtheit« der Determination hervorgehoben, die immer auch von den Kontingenzen des »Andersseinkönnens« durchzogen ist. Der Marxismus, den er als »offenes System von Zusammenhängen« sowie als »System offener Zusammenhänge« bestimmt, begreift die Freiheit als Erkenntnis und praktische Aktivierung objektiv-realer Möglichkeitsräume: »Die schlechte Möglichkeit gilt es, durch die abwendende ›Freiheit wovon‹ zu vereiteln, die gute gilt es, durch die befördernde ›Freiheit wozu‹ zu verwirklichen.« (Bloch 1956, GA 10, 585) Um die neoliberale Verwandlung von Freiheit in ihr akutes Gegenteil wahrnehmen und als »Unfreiheit« kritisieren zu können, braucht die Linke einen eingreifenden und handlungsorientierten Freiheitsbegriff, der wieder mit gesellschaftlicher Kooperation und ihrer demokratischen Gestaltung verknüpft ist und die Verschränkung sozialer und individueller Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Hayeks Bestimmung der Freiheit als Unfreiheit und seine autoritäre Staatsauffassung sind selbst als Symptom zu lesen. Sie helfen verstehen, warum der Neoliberalismus nicht nur seine realpolitische Geburtsstunde in Pinochets Militärdiktatur in Chile erlebte, sondern sich auch v. a. in den USA ohne nennenswerte Reibungsverluste mit dem Neokonservatismus verbinden und in einen nach außen und innen aggressiven Sicherheitsstaat transformieren konnte. Wir verlassen nun die Ebene der Textanalyse und werfen einen Blick auf ideologische Konstellationen, die sich von denen des Fordismus deutlich unterscheiden.

11. Streifzug durchs ideologische Dispositiv des Neoliberalismus

Um die neuen Dimensionen der Repression und Überwachung zu kennzeichnen, die sich bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 herausbildeten (und seither im Rahmen des »Kriegs gegen den Terrorismus« Schubartig ausgebaut wurden), hat Stephen Gill den Begriff des »disziplinären Neoliberalismus« geprägt (Gill 1995). Gemeint ist eine ideologische Konstellation, in der die bisherigen, auf Konsens und kompromisshafte Einbeziehung der subalternen Klassen gerichteten Regulationsweisen des fordistischen Wohlfahrtsstaats durch Strategien einer »Übermacht« (*supremacy*) abgelöst wurden, die primär auf der Entpolitisierung und Fragmentierung oppositioneller Kräfte beruhen, und in denen die repressiven Aspekte der »panoptischen« Überwachung, der Einkerkierung und des Zwangs eine zentrale Rolle spielen (vgl. Gill 2003, 21ff, 27ff). Der »Atrophie des Sozialstaats« entspricht eine »Hypertrophie des Strafrechtsstaats«, bemerkt Wacquant, der zeigen kann, dass der sensationelle Ausbau des *Prison Industrial Complex* in den USA nicht zufällig in den späten 1970er Jahren, also mit dem Beginn der Hegemonie des Neoliberalismus einsetzte (2000, 68f).¹¹⁹ Die von Foucault vorgestellte Prognose einer zunehmenden »Normalisierung« durch Sozialpädagogisierung der Bestrafung (1976, 395) übersah die Aufspaltung der gesellschaftlichen Sozialkontrolle zwischen einer inner-bürgerlichen Selbstkontrolle (self-policing), in der die Angebote des Psycho-Marktes eine wichtige Rolle spielen (vgl. hierzu Castel u. a. 1982, 312ff), und einer Fremdisziplinierung der potenziell »gefährlichen Klassen«, die durch ostentative Staats- und Polizeigewalt sowie durch eine Rhetorik des Bösen und des Krieges geprägt ist (vgl. James 1996, 34; Parenti 1999, 135ff).¹²⁰

11.1 Der Aktualisierungsbedarf fordristisch geprägter Ideologietheorien

Eine ideologietheoretisch fundierte Ideologiekritik ist gut beraten, die Transformationen im Ensemble der ideologischen Instanzen jeweils konkret zu studieren, um sowohl die »Waffe der Kritik« (KHR, 1/385) als auch die konstruktiven Gegenentwürfe beweglich an die aktuellen Frontstel-

119 »Mit einer Inhaftierungsquote von 650 Strafgefangenen pro 100.000 Einwohnern liegen die Vereinigten Staaten heute (d.h. 1997; JR) sechs- bis zwölfmal höher als die europäischen Länder« (Wacquant 2000, 69). Siehe Tabelle (ebd. 70).

120 »Social control has bifurcated in ways Foucault never fully examined« and »the seemingly soft-shell, scientific discourses of ›deviance‹ and ›rehabilitation‹ have given way to a new, more cynical, rhetoric of war, law enforcement armies, lost generations, and ›bad guys‹.« (Parenti 1999, 138).

lungen anpassen zu können. Dazu müssen die im »sozialdemokratischen« Zeitalter der 1970er und 1980er Jahre entwickelten ideologietheoretischen Ansätze modifiziert werden. So ist z. B. Althusser's These, der dominierende ISA der bürgerlichen Gesellschaft sei die Schule, unter den Bedingungen des neoliberalen Abbaus des öffentlichen Schulsystems kaum aufrechtzuerhalten. Auch der ursprüngliche Ansatz des *Projekts Ideologietheorie*, der das Ideologische v. a. in der »Sozialtranszendenz« des Staates festmachte (PT 1979, 180), ist durch das europäische Sozialstaatsmodell in den Zeiten der Systemkonkurrenz mitgeprägt.¹²¹ Er müsste ergänzt werden durch die schon von Marx und von Max Weber wahrgenommene US-amerikanische Tradition einer ideologischen Vergesellschaftung durch Sektoren und Privatvereine, die – obwohl ebenfalls Bestandteile des »integralen Staates« im weiten Sinne (Gramsci, H. 6, §155, 824) – unmittelbar mit bürgerlichen Geschäftsinteressen verbunden sind (vgl. Rehmann 1998, 28ff).¹²²

In diesem Sinne hat Gramsci vom »privaten« Gewebe des Staates« gesprochen und beobachtet, dass der Staat mithilfe von »privaten, der Privatinitiative der führenden Klassen überlassenen« Vereinigungen zum Konsens »erzieht« (H. 1, §47, 117f). Wie Joan Roelofs am Beispiel der USA gezeigt hat, spielten private Stiftungen (allen voran die 1936 gegründete »Ford Foundation«) schon im Fordismus eine zentrale Rolle bei der Beeinflussung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen durch Großunternehmen, die bis hinein in sozialistischen Oppositionsbewegungen wirkten und durch gezielte Geldvergabe die radikalen Impulse in karitative und sozialreformistische Bahnen lenkten.¹²³ Stuart Hall hat am Beispiel des Thatcherismus analysiert, dass v. a. private Vereine die »Schützengräben und Befestigungsanlagen« bildeten¹²⁴, von denen aus die Offensive gegen die Hegemonie des Keynesianismus geführt wurde: Sie waren nicht nur die entscheidenden Instanzen, in denen eine neue »Orthodoxie« des Neoliberalismus ausgearbeitet wurde – Hall konzentriert sich hierbei v. a. auf das Londoner *Institute for Economic Affairs* –, sondern stellten in den späten 1970er Jahren auch die »Schlüsselstellen«, in denen die Lehre in die »populäre Sprache der praktischen Errungenschaften übersetzt« und von denen aus die »staatliche

121 »In gewisser Weise mag unsere Orientierung an den klassischen ideologischen Mächten (Staat, Recht, Religion usw.) an europäische Bedingungen gebunden sein. Unsere Überlegungen lassen sich etwa nicht ohne weiteres übertragen auf die USA, wo [...] z. B. die Kirchen durch ihre Privatisierung unermesslich vervielfältigt sind.« (W.F. Haug 1993, 252 Anm. 10)

122 Vgl. hierzu die Beobachtungen von Marx in *Zur Judenfrage* (I/356ff) und von Weber in *Die protestantischen Sektoren und der Geist des Kapitalismus* (RS I, 215ff).

123 »Foundations are prime constructors of hegemony [...] [They] induce consent by creating an ideology that appears to be common sense and incorporates all newly emergent challenging trends.« (Roelofs 2003, 198f; vgl. ebd., 9ff, 28ff, 122ff, 136ff).

124 Vgl. Gramsci, H. 7, §16, 873f; 8, §52, 975.

Intelligenz«, von den Akademikern im Finanzministerium bis zu den Schul Lehrern, umgruppert wurde (1988, 190f). Am Beispiel der 1947 in der französischen Schweiz gegründeten *Mont Pèlerin Society* hat Bernhard Walpen eine »hegemonietheoretische Bereichsanalyse des Neoliberalismus« unternommen, in der er die internationale Ausbreitung neoliberaler Thinktanks untersuchte (2004, 32, 182ff, 213ff). Anknüpfend an Webers Sektorenaufsatz sowie an Gramscis Beobachtungen zur Freimaurei und zum Rotary Club kommt er zu dem Schluss, dass sich auf diese Weise ein neuer Typ organischer Intellektueller herausbildete, die als konzeptive Ideologen einer entstehenden transnationalen Bourgeoisie die »Superstruktur des globalen Kapitalismus« bilden (17f, 283, 285).

Auch hier sind die Gegenstandsbereiche einer Ideologietheorie eng mit denen einer Staatstheorie verflochten. Gerade im Neoliberalismus umfasst das »private Gewebe« des Staates weitaus mehr als die Apparate der Hegemoniegewinnung und ideologischen Reproduktion. Insbesondere in den USA kam es zu umfassenden Privatisierungen staatlicher Bereiche und Aufgaben, die Naomi Klein am Beispiel des »Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes« (disaster capitalism complex) im Irak und in New Orleans analysiert hat: zentrale Funktionen des Konflikt- und Katastrophenmanagements werden vom Staat in einen privatisierten Schatten-Staat ausgegliedert, der, obwohl über die Staatsaufträge mit Steuermitteln finanziert, unmittelbar nach den Maximen der Profitmaximierung arbeitet. Dies führt tendenziell zu einer »Katastrophen-Apartheid«, bei der Frühwarnsysteme, Transportmittel, Rettungsdienste usw. privat angeboten werden, so dass die Überlebenschancen unmittelbar von der eigenen Zahlungsfähigkeit abhängen (Klein 2007a, 54; vgl. 2007b, 418ff). Dieselben Unternehmen, die bei der Privatisierung des Kriegs im Irak, z. B. beim militärischen Schutz von Unternehmen und Regierungseinrichtungen, eine führende Rolle spielen (z. B. Blackwater, Halliburtons KBR, Bechtel), dominieren auch im Katastrophengeschäft in New Orleans und Mississippi nach dem Hurrikan Katrina. In vielen Bereichen sei jetzt schon zu beobachten, dass der »öffentliche« Staat aufgrund der Veraltung seiner technischen Ausstattung und der Abwanderung der Experten in den Privatssektor seine Kernfunktionen ohne Privatfirmen (contractors) nicht mehr erfüllen kann (2007a, 52; 2007b, 417).¹²⁵ Falls es dazu komme, dass im Gefolge einer ökonomischen Krise die Staatsaufträge versiegen, sei zu erwarten, dass die Unternehmen des parallelen Privat-Staats ihre technisch überlegene Infrastruktur dem Staat zurückvermieten (2007a, 53f; 2007b, 419).

In dem Maße, in dem die »sozialtranszendenten«, d. h. unverteilenden und kompromissbildenden Sektoren und Funktionen des Staates durch die

125 »When Katrina hit, FEMA had to hire a contractor to award contracts to contractors.« (Klein 2007a, 52; 2007b, 417)

instrumentellen Aspekte neoliberaler Klassenherrschaft zurückgedrängt werden, verändert sich auch der Aggregatzustand ideologischer Vergesellschaftung. Dies betrifft sowohl die Zusammensetzung zwischen repressiven und ideologischen Apparaten als auch, innerhalb der letzteren, das Verhältnis zwischen politisch-ethischer Konsensbildung einerseits und Manipulation sowie medien- und hightech-gestützter Zerstreuung andererseits. Konnte der Fordismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern als nachhaltige Blockbildung zwischen Bourgeoisie und höheren Schichten der industriellen Arbeiterklasse analysiert werden – nicht nur Lenin, sondern auch Max Weber benutzten hierfür den Begriff der »Arbeiteraristokratie«¹²⁶ –, hat sich die Arbeiterklasse im Neoliberalismus zunehmend zersetzt »in ein ausgedehntes *Prekariat*, ein individualistisches *Kybertariat* und ein mehr oder minder organisiertes Rest-*Proletariat*, alle noch einmal gespalten entlang ethnischer, nationaler und geschlechtlicher Grenzen« (Candetas 2004, 205).

Am Beispiel US-amerikanischer Armenviertel haben Stadtsoziologen die Tendenz beobachtet, dass »Orte« (places) relativer sozialer Homogenität und kultureller Vertrautheit, zu denen z. T. auch noch die schwarzen Ghettos der 60er Jahre gehörten, sich in »Räume« (spaces) verwandelten: stigmatisierte Gefahrenzonen des Überlebenskampfes ohne gemeinschaftliche Ressource (Wacquant 2007, 402f; 2008, 241f). Die gesellschaftliche Reproduktion der Klassen vollzieht sich wieder zunehmend an getrennten Wohnorten. Die ghettoisierte Armut und die »gated communities« der Privilegierten werden weniger integriert als auf Distanz gehalten. Wenn auch nicht so ausgeprägt wie in den USA, lässt sich auch am Beispiel der Sozialen Arbeit in Deutschland eine Funktionsverschiebung von gesamtgesellschaftlicher Integration und Exklusion beobachten; bei dem den Armen und Marginalisierten dazu verholfen werden soll, ihr Leben ohne stabile Lohnarbeit aber dennoch in »Eigenverantwortung« zu organisieren (vgl. Kröll/Löffler 2004). Während der Sozialstaatsabbau zum Ansteigen der Kriminalitätsraten führt, wird der Polizeistaat und Sicherheitsapparat selbst zu einem wirksamen Artikulationszentrum der Zivilgesellschaft (vgl. Klingenberg 2001) und die »innere Sicherheit« zum Thema, an dessen Inszenierung sich Wahlerfolge oder -niederlagen entscheiden. Die herrschenden Tendenzen gehen dahin, die im ideologischen Imaginären repräsentierten universalistischen Vorstellungen eines menschlichen Gemeinwesens zurückzudrängen und durch Obsessionen des Verbrechens und des Terrorismus zu ersetzen. Eine der Verarbeitungsweisen ist ein Zynismus, den Peter Sloterdijk als ein reflexiv abgefedertes, »aufgeklärtes falsches Bewusstsein« beschrieben hat (1983, 37f; vgl. Žižek 1994, 312ff).

126 Weber benutzte den Begriff bereits ab 1894 (z. B. MWG IV/4, 429, 443ff, 456, 572, 740), also bevor Lenin ihn 1917 in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* systematisierte (vgl. IW 22, 289, 306ff). Vgl. hierzu Rehmann 1998, 55, 101ff.

11.2 Neoliberalismus ohne Hegemonie?

Nähern wir uns mit solchen Beobachtungen wieder dem Punkt an, an dem vor mehr als 50 Jahren die *Kritische Theorie* den Schluss zog, das Problem ideologischer Konsensbildung für überholt und gegenstandslos zu erklären? Dies klingt an, wenn Alex Demirović in Bezug auf Gramsci vor der Gefahr warnt, »das Moment des Konsenses und der Hegemonie überzubewerten«: die Bourgeoisie könne auch »auf Hegemonie, also auf Zustände gegenüber den subalternen Klassen verzichten« (2007, 37). Im Neoliberalismus beschränke sie sich darauf, »allein auf dem Niveau des ökonomisch-korporativen Interesses zu herrschen« und setze dazu auf den »stummen Zwang« ökonomischer Verhältnisse und die Gewalt (38).

Das Argument ist als Einwand gegen die Hegemonietheorie Gramscis nicht gut geeignet, weil dieser die Möglichkeit einer »Diktatur ohne Hegemonie« durchaus gesehen hat (H. 15, §59, 1779). Es wäre zu diskutieren, inwieweit eine solche Kennzeichnung z. B. auf die unilaterale Kriegspolitik der Bush-Regierung zutrifft, die zu einer »negativen Hegemonie oder Dys-Hegemonie der USA« geführt hat (Haug 2003, 272). Freilich betrifft die Dys-Hegemonie des militaristischen US-Imperialismus bislang nur die »Weltöffentlichkeit« und kann nicht ohne weiteres auf die nationalstaatliche Öffentlichkeit in den USA angewandt werden. Vor allem wäre es ein Missverständnis, sie auf die Formation des Neoliberalismus überhaupt auszu dehnen: das Hegemoniekonzept ist nicht mit seiner fordistischen Variante eines sozialstaatlich abgefederten Klassenkompromisses zu verwechseln.

Wir haben gesehen (s. o. 5.6), dass Gramsci in seinen Studien zum US-Fordismus die Spezifik gerade nicht an einem bestimmten Sozialstaatskompromiss festgemacht hatte, sondern daran, dass hier im Unterschied zu Europa »die Hegemonie in der Fabrik« entspringt und nicht so viele politische und ideologische Vermittler brauche (H. 1, §61, 132). Dabei meint »Fabrik« nicht den einzelnen Betrieb, sondern »das Ensemble der Fabrikbelegschaft als ein »Gesamtarbeiter«« (H. 9, §67, 1124). Besonders interessiert er sich dafür, wie die Unternehmensleitungen auf die traditionellen Ideologien des Puritanismus zurückgreifen, um mit ihrer Hilfe die Lebensgewohnheiten der Arbeiter an die Erfordernisse der taylorisierten Produktion anzupassen. Hierbei wendet er sich gegen eine oberflächliche Ideologiekritik, die die Nachforschungen der Industrien über das Privatleben der Arbeiter und die Kampagnen zur Verbesserung der »Moral« nur als scheinheilige Form von Puritanismus verlacht. Denn dies mache es unmöglich, »die objektive Tragweite des amerikanischen Phänomens zu verstehen, das auch die größte [bisher dagewesene] kollektive Anstrengung ist, mit unerhörter Geschwindigkeit und einer in der Geschichte nie dagewesenen Zielbewusstheit einen neuen Arbeiter- und Menschentypus zu schaffen« (H. 4, §52, 529). Dessen Erzeugung beschreibe er als brutalen psycho-physischen Unterwerfungs-

und Anpassungsprozess, bei dem »eine Klasse sich einer anderen gegenüber durchsetzt«, und durch den die Schwachen und Widerständigen »in die Hölle der Unterklassen« gestürzt werden. Die Funktion der puritanischen Ideologie besteht in diesem Zusammenhang darin, Druck auf das soziale Feld auszuüben und dem »innewohnenden brutalen Zwang die äußere Form der Unterordnung und des Konsens« zu verleihen (H. 1, §158, 193).

Es ist ideologietheoretisch bedeutsam, dass Gramsci hier keine schematische Entgegensetzung von »Zwang« und »Konsens« vornimmt, wie sie z. B. in Althusser's Dichotomie von »repressivem Staatsapparat« und »ideologischen Staatsapparaten« anklingt (s. o. 6.3), sondern beide in ihrem Zusammenwirken zu begreifen versucht. Insofern ist der Hinweis auf die gewaltsame Durchsetzung einer neuen Produktions- und Lebensweise für sich genommen noch kein Argument gegen ihre hegemoniale Ausstrahlung. In Anknüpfung an Gramscis Fordismusanalysen hat W.F. Haug die hegemoniale Kraft des Neoliberalismus mit seiner Funktion erklärt, den »Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise« zu betreiben und zu verwalten: nur im Rahmen eines historisch-materialistischen Produktionsweise-Ansatzes könne man begreifen, dass der Neoliberalismus »mehrere Leben« hat und in unterschiedlichen Formationen, von konservativ bis rot-grün, immer wieder neu aufersteht (2003, 203, 206; vgl. ebd., 41f).¹²⁷ Ihn zu überwinden, setzt dann voraus, dass die Linke in der Lage ist, ein mehrheitsfähiges Konzept zur sozialen und ökologischen Gestaltung der hochtechnologischen Produktivkräfte zu entwickeln (1999b, 183ff, 188ff).

Betrachtet man die Entwicklung des Neoliberalismus seit seiner Eroberung der staatlichen »Kommandohöhen« ab Ende der 1970er Jahre, erscheint es in der Tat abwegig, ihm die hegemoniale Ausstrahlung absprechen zu wollen. Immerhin war er aufgrund seiner organischen Verbindung mit der stürmischen, auf elektronischer Datenverarbeitung und Kommunikation gestützten Produktivkraftentwicklung erfolgreich, wo sowohl der administrative Sozialismus des sowjetischen Blocks als auch die westliche Sozialdemokratie scheiterten. Es gelang ihm ein nahezu weltweiter Sieg, der nicht nur den Ostblock zu Fall brachte sondern auch in der VR China eine stürmische Anpassung in Form einer »passiven Revolution« hervorrief.

Nach wie vor treffen neoliberale Anrufungen persönlicher Freiheit auf die spontane Zustimmung derjenigen, die für sich in Anspruch nehmen oder erhoffen, ihr Leben nach »eigenen Entscheidungen« zu gestalten. »Any political movement that holds individual freedom to be sacrosanct is vulnerable to incorporation into the neoliberal fold«, bemerkt Harvey (2005,

127 Es führe zu einer systematischen Unterschätzung des Neoliberalismus, wenn man ihn seiner »historischen Materialität« entkleide: »Denn der Kern der neoliberalen Kompetenz und daher Hegemonie war – und ist noch immer – die Verwaltung einer Umwälzung der Produktionsweise.« (W.F. Haug 1999b, 24).

41). Dass die Freiheitsrhetorik trotz ihres hochgradig imaginären Charakters wirksam ist, hängt wesentlich mit der Ausstrahlungskraft zugrunde liegender Produktivkraftentwicklungen zusammen, die zumindest in Bereichen qualifizierter Informationstechnologie-Arbeit ein höheres Ausmaß von Selbständigkeit und Kreativität ermöglichen. Tatsächlich versucht das Management hier in der Regel stärker als im Fordismus, die Produktionsintelligenz, informelles Erfahrungswissen und Kreativität der ArbeiterInnen einzubeziehen. Aus den Leittechnologien des Computers und des Internets steigen immer wieder die attraktiven Mythen einer »Netzwerk-« und »Wissensgesellschaft« mit vermeintlich entstofflichter »Weightless Economy« und »immaterieller Arbeit« auf.¹²⁸ Hier kreierten die Managementliteratur und die von ihr beeinflussten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die Illusion, die eigentliche Wertschöpfung finde nur noch im Internet statt. Hier entstand die Fantasiefigur eines »Arbeitskraftunternehmers«, der die Verwertung seiner Arbeitskraft »selbst in die Hand« nimmt (Voß/Pongratz 1998, 152). Nicht nur in den angelsächsischen Ländern, sondern zunehmend auch in Kontinentaleuropa wird die Aktienspekulation zu einem beliebten Volkssport bis in die unteren Mittelschichten hinein, insbesondere bei der Jugend. »Die in den Phantasmen der Neuen Ökonomie sich äußernde kapitalistische Fiktion ist die Aura des fiktiven Kapitals.« (W.F. Haug 2003, 90)

11.3 Prekarisierung und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse

Es ist methodisch wichtig, die gegensätzlichen Pole neoliberaler Verge-sellschaftung nicht gegeneinander auszuspielen, sondern in einer Widerspruchsanalyse zusammenzuhalten. Dass der Neoliberalismus seine Herrschaft wieder stärker auf den »stummen Zwang« ökonomischer Verhältnisse und hier v.a. auf die strukturelle Gewalt von Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung stützt, ist unbestreitbar. Bourdieu spricht im Zusammenhang eines Interviews mit arabischen Jugendlichen aus einer französischen *banlieue* von einem »Schicksals-Effekt«: ein Gefühl der Unabwendbarkeit an den Orten der gesellschaftlichen Verbannung, Auswirkung einer »starre[n] Gewalt« des Laufs der Dinge [...], eingeschrieben in die unerbittlichen Mechanismen des Arbeitsmarktes, des schulischen Marktes, des Rassismus« (Bourdieu 1997a, 91f). Robert Castel beschreibt die Auswirkungen neoliberaler Fragmentierungen als »negativen Individualismus«, der sich »in wackligen Flugbahnen aus ruhelosem Suchen, einem Sich-Durchschlagen von einem Tag zum nächsten« äußert und die von regelmäßiger Lohnarbeit Abgekoppelten dazu zwingt, »ihre Individualität als ein

128 Vgl. zur Kritik der »Weightless Economy« v.a. Huws 2000; zum Begriff der »immateriellen Arbeit«, vgl. Haug 2003, 97ff; bezogen auf postmoderne Diskurse sowie auf Negri/Hardt, vgl. Rehmann 2007c, 13f.

Kreuz zu tragen« (Castel 2000, 407f, 412). Die Prekarisierung vollzieht sich nicht nur am Rande der Arbeitsgesellschaft, sondern bewirkt weit darüber hinaus eine »Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht« (Dörre 2007, 37).¹²⁹

Auch wenn der Neoliberalismus sich als soziale Desintegration, Fragmentierung solidarischer Zusammenhänge und Passivierung der Marginalisierten manifestiert, geht er darin nicht auf. Er reißt nicht nur ab, sondern konstituiert auch neue gesellschaftliche Zustände. Er »schafft, verändert, produziert Reales«, könnte man mit Poulantzas sagen, der dies in Bezug auf die Funktion des Staates allgemein formuliert hat (1978b, 28). Eine Kritik, die sich auf die Zusammenstellung der angerichteten Zerstörungen beschränkt, läuft Gefahr, den Neoliberalismus vom Standpunkt eines verlorengegangenen Fordismus zu sehen und sich auf dessen (unmögliche) Wiederherstellung zu fixieren.¹³⁰

Wie Candeias in kritischer Auseinandersetzung mit Bourdieu, Castel und Wacquant gezeigt hat, gilt dies auch für die Analyse des Prekariats selbst. Candeias zufolge reproduziert die weitverbreitete Tendenz, in den Prekarisierten nur fragmentierte, isolierte und zur Selbstorganisation unfähige Opfer zu sehen, wider Willen einen »Blick von oben«, der die Betroffenen ent-subjektiviert (2007a, 412). Wenn z.B. Wacquant das Prekariat rein negativ als eine »unmögliche Gruppe« bezeichnet, die man nicht konsolidieren könne, ohne ihren Mitgliedern zur Flucht aus ihr zu verhelfen (Wacquant 2007, 407; vgl. 2008, 246f), unterlege er die traditionell fordistischen Organisationsformen als Norm und übersehe die durch den High-Tech-Kapitalismus erzwungene Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, innerhalb derer das Prekariat eine dynamische wenn auch instabile »Klassenfraktion im Werden« darstelle (Candeias 2007a, 419).

Wie Mike Davis auf der Grundlage von UN-Statistiken gezeigt hat, stellt das »informelle Proletariat« die weltweit am schnellsten wachsende gesellschaftliche Klasse dar und wird bald auch die Mehrheit der globalen Arbeiterklasse ausmachen (2006, 178).¹³¹ Dass diese Arbeiterklasse durch tiefgrei-

129 Zu den prekär Beschäftigten »zählt nicht nur die Masse der Mini- und Midijobber, der Leih- und Zeitarbeiter, befristet Beschäftigten, abhängig Selbständigen oder auch der Teilarbeiter/-innen wider Willen, sondern auch das Gros der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich.« (Dörre 2007, 22)

130 W.F. Haug hat ein solches methodisches Verfahren als »Retronormativität« der Analyse bezeichnet, d.h. als eine Methode, »das Gegenwärtige an den Trauerrändern festzumachen, die das Vergangene im Bewusstsein hinterlassen hat« (2003, 143).

131 Für das Jahr 2030 lauten die von Davis vorgestellten Berechnungen, dass von ca. 8 Mrd. Weltbevölkerung 5 Mrd. in Städten leben werden. Ungefähr 1,5-2 Mrd. können als »Arbeiter« im weiten Sinne (einschließlich sweatshop-Arbeiter) und 2-3 Milliarden als »informelle Arbeiter« bezeichnet werden, von denen wiederum mindestens 2 Mrd. in innerstädtischen Slums oder Slumvorstädten (peripheral shantytowns) leben (2004, 13).

fende Spaltungen zwischen regulär Beschäftigten, prekarierten »working poor« und Arbeitslosen (sowie quer dazu entlang nationaler und rassischer Trennungen) bislang noch keine gemeinsame Handlungsfähigkeit gefunden hat, ist die grundlegende Existenzbedingung für die anhaltende Hegemonie des Neoliberalismus. An der Überwindung dieser Spaltungen zu arbeiten, um eine neu zusammengesetzte Arbeiterklasse »für sich« zu konstituieren, wird damit zu einer der wichtigsten Aufgaben linker Politik.

11.4 Wechselnde Blockbildungen des Neoliberalismus

Dass der Neoliberalismus große Menschenmassen in die Prekariät und ins Elend geworfen hat und wirft, sollte nicht zur Annahme verleiten, er könnte keine Konsenspotentiale mobilisieren. Gestützt auf die Faszinationen der neuen Computer- und Informationstechnologien ist es ihm bislang immer wieder gelungen, interklassistische Blockbildungen zwischen Herrschaftseliten, hochqualifizierten Informations- und KommunikationsarbeiterInnen, Ingenieurern, Technikern und Facharbeitern herzustellen. Dabei muss man sich klarmachen, dass er seine populäre Anziehungskraft nicht primär einer bestimmten Wirtschaftslehre oder einer daraus abgeleiteten »Philosophie« verdankt. Mit einem monetaristischen Wirtschaftsprogramm oder Hayeks »negativem« Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriff allein sind keine Wahlen zu gewinnen. Dafür bedarf es geeigneter intellektueller, die das theoretische Programm in die Sprache nationalstaatlicher Politik übersetzen.

So konnte z.B. der Thatcherismus den neoliberalen Marktadikalismus mit Elementen eines traditionellen Toryismus verbinden und in der Sprache eines »autoritären Populismus« formulieren, der erfolgreich in die soziale Basis der Labour Partei eindrang: »er hat die breite Zustimmung wichtiger Teile der beherrschten Klassen gewonnen« und verstand es, »sich als eine Kraft darzustellen, die »auf Seiten des Volkes« steht« (Hall 1989, 180f). Dass ein neoliberaler Block auch weit in linke und alternative Protestkulturen hineinwirken konnte, zeigen Boltanski und Chiapello am französischen Beispiel: seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ging eine »Avantgarde unter den Arbeitgeber« dazu über, die unternehmerischen Flexibilisierungsdiskurse mit linken Themen zu verbinden, die »Künstlerkritik« in der Tradition der 68er Bewegung von der gewerkschaftlichen Sozialkritik abzuspalten, zu kooptieren und auf diese Weise einen »Kompetenztransfer von der linken Protestkultur zum Management« zu erzeugen (2003, 235f, 249). Dabei war der Neoliberalismus aufnahmefähig genug, um sowohl die Kritik an der herrschenden »Unauthentizität« als auch die postmoderne Infragestellung der Authentizitätsforderung selbst zu »endogenisieren« (476ff, 489). Die neuen Unternehmensberater kannten »sich aus mit der Machtkritik Foucaults, wussten, wie die gewerkschaftliche Macht usurpation bloßgestellt werden konnte, waren Experten, wenn es galt, jeg-

liches autoritäre Chefsgebar, gerade auf unteren Hierarchiestufen in die Schranken zu weisen« (252f).¹³²

Als allgemeines Schema kann unterschieden werden zwischen einer ersten konservativen und einer zweiten sozialdemokratischen Phase des Neoliberalismus. Erstere konzentrierte sich auf die Zersetzung der nationalstaatlichen fordistischen Blockbildungen. Nach einigen Jahren erwies sich die gesellschaftliche Basis als zu schmal, um eine Abwahl der konservativ-liberalen Regierungen in fast allen bedeutsamen Industrieländern zu verhindern. Dagegen gelang es in der zweiten Phase, ganze oppositionelle Gruppen in den Klassenkompromiss einer »neuen Mitte« einzubeziehen und auf diese Weise die neoliberale Hegemonie zu verallgemeinern (Candinas 2007b, 11ff).¹³³

Wie man exemplarisch am deutschen Beispiel sehen kann, geriet auch hier der Block schließlich in eine Krise, da die beanspruchte Verbindung von Reformen und Sozialverträglichkeit angesichts des massiven Sozialstaatsabbau der rot-grünen Regierung nicht mehr glaubwürdig war (14). Zu einer Hegemoniekrise wird es vermutlich solange nicht kommen, als realitätsuntaugliche und mehrheitsfähige linke Alternativen noch nicht sichtbar sind und der Neoliberalismus sich auf einen »passiven Konsens« stützen kann (16). In einem Strategiepapier der Rosa-Luxemburg Stiftung schlugen Michael Brie und Dieter Klein vor, dem neoliberalen Bündnis von Herrschaftseliten und Teilen der Mittelschichten ein soziales »Mitte-Unten-Bündnis« entgegenzusetzen, das einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen »allgemeinen Produktionsarbeitern«, Marginalisierten und Mittelschichten umfasst und durch Einstiegsprojekte vorbereitet wird, die zwischen Protest und Gestaltung vermitteln (Brie/Klein 2005, 2ff).

11.5 Befreiungsversprechen und Fremdbestimmung im Neoliberalismus

Für eine Analyse der Anziehungskraft des Neoliberalismus ist die vom Projekt *Ideologietheorie* vorgeschlagene Überlegung weiterführend, dass das Ideologische in der Regel als eine »Kompromissbildung« funktioniert. Wie wir gesehen haben (s.o. 9.3), ist damit nicht der spezifische Sozialstaatskompromiss des Fordismus gemeint, sondern allgemein eine »in sich widersprüchliche Form unter der Dominanz der Herrschaft, in der

den beherrschten Kräften ein Ventil eingeräumt wird« (PJT 1979, 190f). Auch der Neoliberalismus speist sich, wo er hegemoniale Wirkungen hervorbringt, maßgeblich aus Energien horizontaler Vergesellschaftung, die er kompromisshaft mit der Vermarktungslogik verbindet. Und auch hier liegt die Dialektik des Ideologischen darin, dass es kompensatorisch zur Herrschaftsreproduktion nur beitragen kann, indem es, wie entfremdet und verschoben auch immer, auch die Befreiung von Herrschaft »bedeutet«. Wenn das PJT in Bezug auf den deutschen Faschismus formulierte, jede ideologische Macht sei Sachwalterin eines »Bezugs aufs Gemeinwesen, das [...] von der Klassengesellschaft negiert ist« (PJT 2007/1980, 108/77), ist nun spezifizierend zu ergänzen, dass sich im Neoliberalismus der Akzent vom *kollektiven* Gemeinwesen-Bezug zur *individuellen* Emanzipation und Selbstaktivierung verschoben hat.

Frigga Haug hat in ihrer Analyse von Peter Hartz' Buch *Job Revolution* mehrere Beispiele für eine solche Kompromissbildung zusammengetragen und ausgewertet. Wenn Hartz den Aufbruch in die neuen flexibilisierten Arbeitsverhältnisse und -haltungen beschwört, artikuliert er an strategischen Stellen Befreiungsversprechen, die für sich genommen aus linken oder alternativen Milieus stammen könnten: selbstbestimmte Neudefinition von Arbeit, »Arbeitszeitsouveränität«, »neue Mündigkeit«, Selbstbewegung, Ganzheitlichkeit und Sinnhaftigkeit des Arbeitsvollzugs, »Individualität und Emotionalität des Einzelnen«, Sensibilität des »High-Touch«, »Mitarbeiter werden zu Mit-Unternehmern« usw. (Hartz 2001, 21, 53, 55, 66). Auch wenn Hartz' Sprache durchgängig mit Werbesprüchen durchsetzt ist, lässt sich nicht übersehen, dass er mit und an den Gefühlen derer arbeitet, die »Veränderung vorhatten« – er übernimmt »Hoffnungsworte der sozialen Bewegungen und fügt aus ihnen das neue Angebot des »Unternehmers« zusammen: »Die Utopie wird ins Diesseits geholt und erscheint genau dort, wo es uns an den Kragen geht.« (F. Haug 2003, 608)¹³⁴ Denn analog zu dem von Gramsci analysierten fordistischen Ideologisierungsschub geht es auch hier um die Schaffung eines neuen »Menschentyps«, der v.a. für die »Zumutbarkeiten« ungesicherter Arbeits- und Lebensverhältnisse im High-Tech-Kapitalismus tauglich gemacht werden muss. Wenn wir im Zusammenhang mit Hayeks »realem Dilemma« von einem zugrunde liegenden Widerspruch zwischen neoliberaler Aktivierung und Marktordnung gesprochen haben (s.o. 10.6), sehen wir diesen Widerspruch

134 Der Neoliberalismus hat auch einige der bisherigen Forderungen der Frauenbewegungen aufgenommen und nach Art einer »feindlichen Übernahme« integriert: stärkere Einbeziehung der Frauen in die Lohnarbeit, wenn auch meist in schlechtbezahlten und ungesicherten Beschäftigungen, Überlegungen zur Anerkennung der Hausarbeit, Kritik an der fordistischen Familie z. B. in Giddens Konzept eines Elternschaftsvertrags, der die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Kind festhält (F. Haug 2000, 69ff, 73, 76f)

132 Vgl. zu Boltanski/Chiapello die Rezension von Baratella/Rehmann (2005).

133 Vgl. hierzu auch Stuart Halls Analyse zum Versuch der britischen Labour Partei, den vom Thatcherismus übernommenen radikalen Freihandels-Neoliberalismus mit bestimmten »Belangen der traditionellen Arbeiterklasse und des Öffentlichen Dienstes« zu verbinden und den Staat mithilfe eines neoliberalen *New Public Management* Ansatzes und unter dem Schlagwort »unternehmerischen Regierens« in einen »Markt-Staat« umzubauen (2004, 486f, 490f).

hier in der Form, dass die Individuen ihre Handlungskompetenzen nur im Rahmen und unter dem Diktat ihrer Markt- und »Beschäftigungsfähigkeit« entfalten können, nach deren Vorgaben sie sich modellieren müssen (610f).

Wenn Hartz in diesem Zusammenhang die Parole »Emotion wird zu Kapital« ausgibt (2001, 57), deutet er zudem eine neuartige Verschiebung der Verwertungslogik in den Bereich der Gefühle an. Wie Christina Kaindl in ihren Materialanalysen zu den populären Fernsehsendungen *Big Brother* und *Popstars* gezeigt hat, geht es in solchen Inszenierungen um eine intensive Modellierung emotionaler »Authentizität« und »Kreativität«, die – anders als in den typisch fordistischen Paradigmen der »Verinnerlichung« oder »Entemotionalisierung« (Holzkamp 1983, 404) – »an die Oberfläche geholt« und offensiv für die eigenen Verwertungsmöglichkeiten eingesetzt werden müssen (Kaindl 2005, 357f). So berichten z.B. prekär arbeitende Kulturschaffende in der Studie *Gesellschaft mit beschränkter Haftung* (Schultheis/Schulz 2005), wie wichtig es sei, sich bei Ausstellungsöffnungen nicht nur regelmäßig sehen zu lassen und Gespräche zu suchen, sondern auch alles daran zu setzen, »Lust zu haben und sich wohl zu fühlen, denn wer sich nicht wohl fühlt, hat an einem Abend auch keinen Erfolg« (Böhmler/Scheiffele 2005, 437). Dabei ist auch erforderlich, dass alle sich permanent bemühen, »von geplanten oder bevorstehenden Projekten zu berichten, um ja nicht den Eindruck zu erwecken, man befände sich in einer Notsituation und suche verzweifelt nach einer Anschlussmöglichkeit« (443).

In Überlagerung mit den jeweiligen Positionen in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen polarisiert sich das Feld in diejenigen, die »ihre Emotionen zu Kapital machen können«, und diejenigen, »denen die Selbstmobilisierung nicht gelingt oder die trotz Selbstmobilisierung keinen Erfolg haben« (Kaindl 2007a, 160). Eine relativ »gehobene« Verarbeitungsform kann man beim »ironischen Subjekt« beobachten, das die Logik der Vermarktung und Selbstvermarktung als »Schein« durchschaut und gleichzeitig genießt. Thomas Barfuss zufolge ist der ironische Konsum primär als »Distinktion von der Distanzlosigkeit des Unterschichtskonsumenten« zu entziffern; die distanziert-ironischen Haltungen bilden eine zentrale Ressource, mit deren Hilfe sich die Mittelschicht »beweglich hält« (2007, 136f). In einer widersprüchlichen Kompromissbildung folgt der »Ironese« den neoliberalen Anrufungen, aber mit dem »aufgeklärten« Anspruch, hinter ihre Kulissen zu blicken.¹³⁵ Aber dort, wo die Appelle zu Initiative und Eigenverantwortung auf Lebensverhältnisse stoßen, die selbstbestimmtes

135 Spiegel-Online (9. 11. 2007) leitet ein Interview mit TV-Moderatorin und Talkshow-Siar Barbara Schöneberger mit der Ankündigung ein, von ihr lernen zu können, »wie man seine Haut zu Markte trägt – und sich dabei einen Sinn für Ironie erhalte«. Ihre Antwort lautet u. a., es gehe darum, »sich intelligent unterzuordnen, ohne sich zu verlieren«.

Handeln nicht bzw. nur sehr eingeschränkt zulassen, führen sie unter den Verhältnissen entfremdeter Vergesellschaftung und ohne kollektiv-solidarische Handlungsalternativen zu fatalistischer Lähmung und Selbstthass. Der von Bourdieu beobachtete massenhafte »Schicksals-Effekt« ist die dunkle Kehrseite der durch neoliberale Anrufungen erzeugten Subjekt-Effekte eigenverantwortlicher Mobilisierung.

Eine kritische Ideologietheorie hat die Aufgabe, den Blick für die konkreten Konstellationen und Strategien zu schärfen, in denen die Widersprüche zwischen neoliberalen Aktivierungsdiskursen und ideologischer Fremdbestimmung verarbeitet werden. In Anlehnung an Gramscis Analysen zur Inkohärenz des Alltagsverstands und an seinem Ansetzen an einem erfahrungsklugen und experimentierfreudigen *buon senso* (s. o. 5.3) sollte sie ihre Ideologiekritik so anlegen, dass sie sich gegen die partikularistischen, vereinzeln und illusorischen Tendenzen wendet und sich zugleich mit den kreativen und aktivierenden Elementen verbündet, die sie aus der privat-egoistischen Bornierung ins gesellschaftlich Emanzipatorische zieht. Dies steht nicht im Gegensatz zur Aufklärung darüber, dass der vom Neoliberalismus propagierte Freiheitsbegriff so gefasst ist, dass er in Unfreiheit und Autoritarismus umschlägt. Am konkreten Beispiel ist aufzuzeigen, dass die versprochene Partizipation vorrangig in der selbstverantworteten Exekution politisch konstruierter »Sachzwänge« besteht. Aber zugleich kommt es darauf an, die Befreiungsversprechen des Neoliberalismus aufzugreifen, sie wieder mit den populären Diskursen sozialer Gerechtigkeit, Kooperation und Solidarität zu verbinden und auf diese Weise gegen ihr neoliberales Gegenteil zu wenden. Was Bloch 1932 als sozialistische Strategie gegenüber den Attraktionskräften des deutschen Faschismus vorschlugen hat, kann auch für die veränderten ideologischen Konstellationen des Neoliberalismus aktualisiert werden: Aufgabe ist, »die zur Verwandlung fähigen Elemente [...] herauszulösen [...] und sie zur Funktion in anderem Zusammenhang umzumontieren« (*Erbschaft*, GA 4, 123).